

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M.
(binnen 90 Pf. monatlich für Anzei-
lung im Haus) im Voraus zahlbar.
Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pf.
Postgebühren und 72 Pf. Postbestell-
gebühren. Auslandsabonnement 6.— M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Briefposttarif 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Sonntagsausgabe
„Volk und Welt“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Kampferklärung 80 Pf.
Kleinanzeigen 5.— M. „Kleine An-
zeigen“ des Freitagabends 25 Pf.
Zusätzlich zwei Freitagabende, jedes
weitere Wort 12 Pf. Rabatt 10. Zahl-
stellung: das erste Wort 15 Pf.,
das zweite Wort 10 Pf., das dritte
15 Pf. Buchstaben zählen für zwei Worte.
Arbeitsmarkt 20 Pf., Familien-
anzeigen 40 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochent-
täglich von 8^{1/2} bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Wiederveröffentlichung nicht genehmigter Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Bernhardi, Pöschel (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disc.-Ges., Depotskont., Fennelstr. 65/66.

Schutz vor Hunger und Frost!

Die Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion besaßte sich am Dienstag in einer mehrstündigen Sitzung mit der politischen und wirtschaftlichen Lage. Einleitend berichteten die Abgeordneten Dr. Herz und Dr. Hilferding über die letzten Verhandlungen mit der Reichsregierung. Die Fraktion nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die Reichsregierung zugesagt hat, einige Härten der Notverordnung vom 5. Juni, die von der Bevölkerung als besonders drückend empfunden worden sind, zu mildern. Folgende Entschlüsse wurden angenommen:

Die außerordentliche Vertiefung der Krise der Weltwirtschaft durch die Erschütterung der Kreditorganisationen und die dadurch heraufbeschworenen Gefahren machen die Aufrechterhaltung und Sicherung der Lebenshaltung des deutschen Volkes zur wichtigsten Aufgabe der Politik. Das erfordert eine Führung der Außenpolitik, die das durch den nationalsozialistischen Lärm erzeugte Mißtrauen beseitigt und eine

vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Völker schafft. Im Zentrum dieser Politik muß die deutsch-französische Verständigung stehen, die auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet angeht und zu einer dauernden Zusammenarbeit ausgeführt werden muß. Von besonderer Bedeutung wird die Führung der Handelspolitik sein. Das deutsche wie das internationale Interesse erfordert energische Schritte zur Herabsetzung des Zollniveaus der europäischen Staaten als Mittel zur Milderung der Wirtschaftskrise und als Gegenwirkung gegen die neuen schutzzöllnerischen Gefahren, die von England drohen.

Eine Außen- und Wirtschaftspolitik, deren Ziel vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den anderen Mächten ist, ist die Vorbedingung zur Wiederherstellung des deutschen Kredits. Die Krise hat die schweren Gefahren des kapitalistischen Systems enthüllt. Um noch schwererere Zusammenbrüche zu verhindern, mußte das Reich zwei Großbanken stützen. Der Einfluß öffentlicher Mittel erfordert die dauernde Kontrolle des Reiches über diese Banken und die Fortführung unter gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Die ausschlaggebende Bedeutung der Bankpolitik für die Aufrechterhaltung der gesamten deutschen Wirtschaftsmacht, die

Kontrolle der Banken und die Leitung der Kapitalströmungen zu einem entscheidenden Teile jeder Wirtschaftspolitik, die die Gefahren einer volkswirtschaftlich unberechtigten Einschränkung des Kreditvolumens mit ihren Folgen vermehrte Betriebs einstellen und verschärfte Arbeitslosigkeit ebenso vermeiden muß wie die Gefahren der Inflation.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert deshalb die Errichtung eines Amtes für Bankpolitik, das mit allen nötigen Vollmachten zur Information über die Privatbanken und zum Eingreifen im volkswirtschaftlichen Interesse ausgestattet ist. Der Schutz der gemeinwirtschaftlichen Interessen erfordert in gleicher Weise eine wirksame

Beeinflussung der Kartell- und Tarifpolitik durch die Organe des demokratischen Staates. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erhebt deshalb erneut die Forderung nach Errichtung eines Kartellamtes. Die schwere Erschütterung des Vertrauens, die die kapitalistischen Bankrotte in letzter Zeit hervorgerufen haben, machen die Reform des Aktienrechts zur dringenden Notwendigkeit. Die Reform muß den Mißbrauch mit dem Mehrstimmrechts- und Depotsachen unterbinden, die Haftbarkeit der Aufsichtsräte sichern und weitgehende Publizität und Offenlegung zur Pflicht machen. Nur so kann es gelingen, die Herrschaft der kapitalistischen Sonderinteressen über den Staat und die Volksgemeinschaft zu brechen und das Allgemeininteresse des Volkes durchzusetzen. Ein Druck auf die Kartellpreise, eine Vermeidung der Handelspanne und der schädlichen Preisbindungen der zweiten Hand muß zu einer schnelleren Anpassung des deutschen Preisniveaus an die veränderte ökonomische Lage führen. Im Einklang mit dieser Politik des Abbaues der überhöhten Preise muß die Agrarpolitik stehen. Die Fraktion fordert deshalb

Senkung der Produktionskosten für die bäuerliche Veredelungswirtschaft und Verbilligung der wichtigsten Nahrungsmittel, insbesondere des Brotes, durch Festsenkung

und Verringerung der Handelspanne, sowie die Ermäßigung des Zuckerprieses. Die Mittel der staatlichen Wirtschaftspolitik müssen eingesetzt werden, um eine neue Verringerung der Kaufkraft und damit eine neue Schrumpfung des Wirtschaftsprozesses hintanzuhalten. Deshalb fordert die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Verhinderung jeden weiteren Lohnabbaues.

Die dringendste Sorge des Winters geht um das Schicksal der Arbeitslosen. Die Fraktion erwartet von der Reichsregierung, daß sie endlich die notwendigen Gesetzesmaßnahmen zur

Durchführung der Vierzigstundenvoche trifft. Sie lehnt alle Bestrebungen zur Befestigung der Arbeitslosenversicherung und der weiteren Verringerung ihrer Leistungen entschieden ab, und befürwortet die Vereinheitlichung der Kräftefürsorge und der gemeindlichen Wohlfahrtsfürsorge zu einer Reichsarbeitslosenfürsorge unter ausreichender finanzieller Beteiligung des Reichs. Nur so kann eine wirksame Entlastung der Gemeindefinanzen herbeigeführt und zum Ausgleich ihrer Etats beigetragen werden. Gleichzeitig muß Vorsorge für die Umschuldung und Konsolidierung der kurzfristigen Kredite der Gemeinden getroffen werden. Angesichts der wachsenden Zahl langfristiger Arbeitsloser und des steigenden Elends breiter Volksmassen ist eine Winterhilfe unerläßlich. Es geht nicht an, daß

4195 000 Arbeitslose. 1 281 000 Unterstützungsempfänger, 1 063 000 in der Wohlfahrt.

Wie die Reichsanstalt mitteilt, waren am 31. August bei den Arbeitsämtern rund 4 195 000 Arbeitslose gemeldet. Die Zunahme gegenüber dem vorherigen Stichtag beläuft sich auf rund 91 000 und bleibt damit hinter der Zunahme in der ersten Hälfte des Monats, wo sie rund 114 000 betrug, zurück.

Die Zunahme geht zwar im Verlaufe des gesamten Monats August über das Maß des Vorjahres hinaus, aber trotzdem bestätigt diese Entwicklung nicht die Schwarzseherei, die in Richtung auf den Arbeitsmarkt im Zusammenhang mit der Krise im Monat Juli hier und dort laut geworden war. Denn in der Gesamtwirtschaft des Arbeitsmarktes seit dem Juli betrachtet, ist die Zahl der Arbeitslosen in diesem Jahre trotz der stärkeren Erhöhungen während des Monats August nicht rascher angewachsen als im Vorjahr. In beiden Jahren 1930 und 1931 hat sich vom 1. Juli, dem Wendepunkt des Arbeitsmarktes nach der sommerlich-härtesten Entlastung, bis zum 1. September die Zahl der Arbeitslosen gleichmäßig um etwa 240 000 bis 250 000 gesteigert.

Die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Kräftefürsorge ist zahlenmäßig stärker, nämlich zusammen um rund 96 000 gestiegen, während im vorhergehenden Berichtsabschnitt beide Unterstützungseinrichtungen zusammen einen Zugang um rund 49 000 Unterstützungsempfänger zu verzeichnen hatten. Diese stärkere Zunahme ist mit der Feststellung einer allgemeinen Verlangsamung vereinbar, da ein Ansteigen der Arbeitslosenzahl infolge der Wartezeit sich in der Versicherung später auswirkt.

Am 31. August wurden nach den vorläufigen Zählungen der Arbeitsämter in der Arbeitslosenversicherung rund 1 281 000 (am 15. August rund 1 225 000), in der Kräftefürsorge rund 1 095 000 (am 15. August rund 1 055 000) Hauptunterstützungsempfänger betreut. Insgesamt hat die Arbeitslosigkeit seit dem sommerlichen Tiefpunkt nicht stärker zugenommen als während der gleichen Entwicklungsperiode des Vorjahres; doch ist dabei zu beachten, daß der Ausgangspunkt in diesem Jahre erheblich höher liegt.

Die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen belief sich Ende Juli, am Stichtag der letzten Zählung, auf rund 1 063 000. Von der Gesamtzahl der im gleichen Zeitpunkt unterstützten Arbeitslosen entfielen 36,6 Proz. auf die Arbeitslosenversicherung, 31,1 Proz. auf die Kräfteunterstützung, der Rest auf die Gruppe der Wohlfahrtsverwerbslosen.

Mehrheit für Macdonald. 308 gegen 250 Stimmen.

Nach einer mehrstündigen Debatte, über die wir auf der 2. Seite berichten, sprach das Unterhaus mit 308 gegen 250 Stimmen sein Vertrauen für die neue Regierung aus. Das Ergebnis wurde mit großem Beifall von der Mehrheit aufgenommen.

die Massen hungern und frieren, während Nahrungsmittel in Deutschland verfaulen und Kohlen auf den Halben sich türmen.

Neben der bisherigen Geldunterstützung muß deshalb eine zusätzliche Naturalleistung von Kartoffeln und Kohlen verlangt werden.

Unertraglicher als je wirkt in diesem Winter steigender Not der Gegenjah von Massenarmut und überhohem Einkommen. Deshalb fordert die sozialdemokratische Fraktion die längste fällige Herabsetzung der hohen Pensionen und Gehälter in öffentlichen und privaten Verwaltungen und Betrieben. Die Wiederkehr der Vertrauens fordert neben einer strengen Außenpolitik der Verständigung unter den Völkern die Sicherung einer demokratischen und sozialen Politik im Innern, den rücksichtslosen Kampf gegen den Faschismus und all seine Helfershelfer.

Nur wenn die Reichsregierung sich von reaktionären und nationalsozialistischen Einflüssen befreit, wenn sie den berechtigten sozialen Forderungen der Werktätigen gerecht wird, werden die innerpolitischen Wirren überwunden, das Vertrauen in eine stabile demokratische und soziale Politik im In- und Auslande wieder hergestellt und damit das Volk von materieller und seelischer Not befreit werden.

Der Weg ins Freie. Staatsherrschaft über die Banken. — Schutz vor Hunger und Kälte im Winter.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in einer programmatischen Entschliessung die Richtlinien ihrer künftigen Politik umrissen und bekanntgegeben. Aus dieser Entschliessung heben sich zwei Punkte besonders hervor; die Forderung der Bankkontrolle zur Beeinflussung der Volkswirtschaft unter gemeinwirtschaftlichem Gesichtspunkt und das Programm für den Schutz der Arbeitslosen gegen Hunger und Kälte im kommenden Winter.

Gegenüber dem Bankrott der kapitalistischen Wirtschaftsführer, die wirtschaftliche Zerrüttung und bittere Not über das Volk gebracht haben, bekennt sich die Sozialdemokratie zu wirtschaftspolitischer Führung mit sozialistischer Zielsetzung. Die kapitalistische Führung hat versagt: ein gewaltiger Produktionsapparat und ein riesenhafter arbeitwilliger, jähiger und geschulter Arbeiter können nicht zusammenkommen, riesenhafte Bestände von Lebensmitteln und Kohlen sind vorhanden — aber Millionen sind von Hunger und Kälte bedroht. Das Volksermögen wird vergeudet und verschleudert statt vermehrt, alle fleißige Arbeit des Volkes, alle Steigerung der Arbeitsintensität hat unter kapitalistischer Führung geendet in Not und sinkender Lebenshaltung.

Der Desorganisation der Volkswirtschaft durch die kapitalistischen Wirtschaftsführer stellt die Sozialdemokratie den Willen zur Organisation der Produktivkräfte des Volkes zum Wohle des Volkes entgegen. Wir wollen die wahre Volkswirtschaft, nicht ein zusammenhangloses Nebeneinander von privatkapitalistischen Betrieben und Konzernen, wir rufen das Volk auf, daß es mit uns den Weg aus der Not betritt, den wir zeigen, daß es uns unterstützt, um die privatkapitalistischen Führer in die Not zu entmachten!

Wir wollen Staatsherrschaft über die Volkswirtschaft!

Diese sozialistische Forderung steht im Mittelpunkt der Entschliessung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Entschliessung zeigt den Punkt, an dem der Wille zur gemeinwirtschaftlichen Organisation einzusetzen hat. Sie fordert ein Bankennetz, ausgestattet mit allen Vollmachten zur Information und zum Eingreifen.

Die ungeheure Bedeutung der Großbanken für die Gesamtwirtschaft, ihre Macht- und Schlüsselstellung ist in der letzten großen Zuspitzung der Krise dem ganzen Volke sichtbar geworden — nicht in dem, was sie zum Nutzen der

Rededuell Macdonald-Henderson.

Historische Tagung im Unterhaus.

London, 8. September. (Eigenbericht.)

Das Unterhaus trat am Dienstagmorgen zu einer, wie die englische Presse sagt, historischen Sitzung zusammen. In der Umgebung des Parlaments hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt. Auf der Regierungsbank saßen Macdonald, Baldwin und Herbert Samuel, hinter ihnen die Regierungsparteien, die Konservativen und Liberalen. Der Platz reichte für die Regierungsmehrheit kaum aus. Churchill mußte auf einem Treppensitz Platz nehmen. Henderson, der Führer der Opposition, saß auf der anderen Seite des Hauses. Die Atmosphäre war von Anfang an mit Nervosität geladen. Immer wieder ertönten Ordnungsrufe des Sprechers.

Die Sitzung begann mit einem

Wortwechsel zwischen Macdonald und Henderson.

Der neue Führer der Arbeiterpartei bezeichnete es als unfair gegen die Opposition, die Budgetmaßnahmen unter dem Druck der Krise durch das Parlament heben zu wollen. Macdonald erwiderte, er treue sich, daß Henderson wenigstens das Vorhandensein einer Krise anerkenne. Am Mittwoch werde er darüber abstimmen lassen, ob sich das Haus als Budgetausschuß konstituieren wolle. Die zu erwartende Zustimmung werde die Regierung als Vertrauenskundgebung des Parlaments auffassen. Das eigentliche Sanierungsprogramm werde dem Unterhaus am Donnerstag durch Schatzkanzler Snowden unterbreitet werden.

Nach Verlesung der königlichen Botschaft erhob sich

Macdonald

und gab die Erklärung der Regierung ab, in der es u. a. heißt: Dinge ereignen sich zuweilen, zu deren Ueberwindung Mut erforderlich ist. Es ist dann mitunter auch unmöglich, den populären Weg einzuschlagen. Am 8. August habe ich eine Erklärung erhalten, daß die Bank von England angesichts des beunruhigenden Abflusses von Depositionen und der Gefahr für die Goldreserven es für unmöglich halte, der ersten Lage Herr zu werden. Die Krise wuchs ständig. Um den Goldoberschuss einzudämmen, wurden kurzfristige Kredite aufgenommen. Bis zur dritten Augustwoche waren diese Kredite praktisch erschöpft und die Bank von England wieder in Schwierigkeiten. Eine weitere Anleihe wurde benötigt, um den Sterlingkurs zu halten. Tatsächlich liefen Berichte ein, einer immer düsterer als der andere. Die Lage hatte sich soweit entwickelt, daß ein Sturm im Anzug war, und wenn wir ihn nicht abwendeten, so würde er weite Trümmerfelder hinter sich gelassen haben. Die Regierung hatte schnell und mit Listkraft zu handeln, ohne Rücksicht auf die Parteimachinerie (mit einem Blick auf die Opposition). Wenn dies getan ist, dann werden alle anderen Fragen sorgfältig und gründlich untersucht werden müssen, u. a. solche Probleme wie die Kriegsschulden. Wer aber will das jetzt?

Die Schwierigkeit der Lage bestand darin, daß wir durch die Umstände

absolut gezwungen waren, eine Anleihe zu erhalten.

Die Konservativen und Liberalen hatten einem jeden Plan, der diese Anleihe sicherstellte, ihre Zustimmung versprochen. Der Premierminister erklärte ausdrücklich, daß niemals während des ganzen Verlaufs der von Snowden und ihm mit Zustimmung und Kenntnis der Regierung geführten Verhandlungen sich die Banken in politische Vorschläge eingemischt hätten, sondern daß sie sich lediglich darauf beschränkt hätten, der Regierung sachverständigen Rat (!) bezüglich der Wirkung der Vorschläge und des möglichen Extrages der Anleihe zu geben. Es sei viel von einer Verschönerung der Bankiers gesprochen worden und von einem Versuch, die politischen Entscheidungen von der City aus zu kontrollieren. Demgegenüber stelle er fest, daß keine außerstehende Autorität die Politik des Staates kontrollieren solle. (Beifall bei den Regierungsparteien und Gegenrufe bei der Opposition.) Weder irgendeiner finanziellen noch irgendeiner anderen Organisation (mit einem Blick auf die Arbeiteropposition) solle das Recht zugestanden werden, die nationale Politik zu diktieren. Angesichts der weitreichenden Verhandlungen, die ziemlich bald über die Reparationsabkommen usw. begonnen werden müßten und mit deren Erörterung nur angefangen werden könnte, wenn der allerbeste Wille zwischen Frankreich, Amerika und England geherrscht sei, bemerkte Macdonald mit einem Blick auf Henderson: Es ist zu hoffen, daß diejenigen, die Erfahrungen in der Führung auswärtiger Angelegenheiten haben, dafür gesorgt haben, daß in diesem Kampfe gegen die Banken nichts von dem wiederholt wird, was neulich über den angeblichen Mangel des von New York und der ganzen amerikanischen Bankwelt an den Tag gelegten großartigen guten Willens gesagt worden ist. Als darauf der Premierminister sich für Sparmaßnahmen in allen Volksschichten einsetzte, wurde er mit der Frage unterbrochen, wie es mit ihm selbst stehe. Seine Antwort darauf lautete: Ich werde eine Reduzierung von 1000 Pfund zu tragen haben. Zu der Frage nach der möglichen Amtsdauer der Regierung betonte Macdonald, daß es Pflicht der Regierung sei, solange im Amte zu bleiben, bis die Krise überwunden,

bis die Welt aufs Neue davon überzeugt sei, daß der Sterling unangreifbar sei und Löhne und Einkommen des Volkes von den zerstörenden Einflüssen befreit seien, die sie kürzlich bedroht hätten. Wenn das Unterhaus entscheiden würde, daß nicht mehr getan werden könne, dann würde die Regierung bereit sein, ihr Amt dem König zurückzugeben.

Die Rede des Premierministers dauerte eine volle Stunde.

Nachdem der Premierminister geendet hatte, erhob sich sofort der Führer der Opposition,

Henderson.

und führte u. a. aus: In den 28 Jahren meiner parlamentarischen Laufbahn habe ich zu dem Haus niemals mit einem größeren Gefühl von Verlegenheit gesprochen als heute. (Ironische Beifallskundgebungen.) Diejenigen, die die Arbeiterpartei verlassen hätten, hätten, so bemerkte er weiter, der Partei einen großen Verlust zugefügt. Bei der gegenwärtigen Regierung handele es

sich nicht um eine nationale Regierung. Solange diese Regierung im Amte sei, würden er und seine Kollegen die Opposition bilden, und nichts würde sie davon abbringen. Wenn das Budget, so fuhr der Redner fort, solanckert werden muß,

so sollten wir uns an diejenigen wenden, die am meisten haben, und nicht an diejenigen, die am wenigsten besitzen.

Ich bin stolz auf die Tatsache, daß ich der Führer der Opposition bin, die sich gegen die Herabsetzung der Arbeitslosenbezüge wendet. Ich habe mich dringend für eine Zusammenkunft der Arbeiterpartei eingesetzt, als die Lage ernst wurde, aber

niemals ist der Arbeitspremierminister mit denen zusammengetroffen, die es ihm ermöglicht haben, seine Position einzunehmen.

Dies ist noch niemals dagewesen. Die finanziellen Schwierigkeiten haben nicht in England ihren Ursprung. Es wurde behauptet, daß sie das Ergebnis eines verschwenderischen sozialistischen Kabinetts gewesen seien. (Ungeheurer Beifall der Konservativen!) Zwei Sparmaßnahmen kann die Opposition nicht billigen: Eine Einmischung in die Wirksamkeit der sozialen Dienste und eine Herabsetzung des Lebensstandards durch Beschneidung der Arbeitslosenbezüge. Die ehemalige Arbeiterregierung hat Sparmaßnahmen im Umfange von 56 Millionen Pfund provisorisch angenommen. Einen Tag nach dieser Annahme wurde mitgeteilt, daß weitere 25 bis 30 Millionen Pfund eingelagert werden müßten, und daß in der Hauptsache die Ersparnisse zu Lasten der Arbeitslosen erfolgen müßten.

An dieser Stelle unterbrach Macdonald und bat um nähere Informationen über diesen Punkt. Auch Sir Herbert Samuel, der liberale Minister des Innern, erhob sich und stellte die von Henderson gemachte Behauptung in Abrede. Darauf fuhr Henderson in seiner Rede fort, während der letzten Monate hätten die Konservativen die Arbeiterregierung dringend aufgefordert, mehr Geld auszugeben unter der Voraussetzung, daß sie so angewandt würden, wie sie es diktieren.

Des Weiteren führte Henderson aus, sein Glaube an die guten internationalen Beziehungen Englands, die in großem Maße ein Ergebnis des Washingtoner Besuchs des Premierministers seien, sein Glaube an die guten Beziehungen zwischen England und Frankreich, an deren Herstellung er ein wenig beteiligt gewesen sei, und sein Glaube an die gegenseitige Abhängigkeit der internationalen Finanzwelt, all dies hätte ihn zu dem Schluß veranlaßt, daß jene Elemente in ihrem eigenen Interesse niemals gewagt haben würden, den englischen Kredit zusammenstürzen zu lassen, wie drohend die Lage auch sein möge. Er schloß mit der Bemerkung: Die Opposition hat sich an jenen Teil des Landes gewandt, den sie vertritt. Nichts würde sie davon abhalten, zu ihren Idealen, ihren Grundsätzen und ihrer Selbstachtung zu stehen. — Die Rede Hendersons dauerte ebenfalls eine Stunde.

Zum allgemeinen Erstaunen sprachen nach Henderson nicht etwa Baldwin oder Samuel, sondern es erhob sich Churchill, der nachdrücklich für baldige Neuwahl eintrat. Er begründete diese Notwendigkeit damit, daß die

Sozialisten durch jede weitere Verzögerung gewinnen würden,

und betonte, es könne kein Wiederaufleben des Handels und des Vertrauens erfolgen, bis Klarheit in die politische Lage gebracht worden sei. Zur allgemeinen Ueberraschung erklärte Churchill auch, das Land sei reif für Schuggoll, und drang in die Regierung, die Zwischenzeit dazu zu benutzen, um eine nationale Politik zu formulieren und die Männer guten Willens aller Parteien um sich zu scharen.

Der Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei, Maxton, hielt eine außerordentlich scharfe Rede. So erklärte er, die nationale Regierung sei ein „elender Missetäter des Finanzkapitals und Macdonald ein Führer der Weltreaktion. Er schloß: Parlamentarische Opposition ist nicht das einzige Komplement der Arbeiterchaft. Ich hoffe, die Arbeiterbewegung vertritt, daß sie sehr bald einer revolutionären Lage gegenüberstehen wird.

Es folgte Baldwin. Um die so dringend notwendige und wesentliche Ausgleichung des Etats durchzuführen, hätten die Konservativen, was er betonen müsse, die lebenswichtige Frage eines Schuggolles verschoben. Vom Parteistandpunkt aus gesehen, sei dies ein Opfer, und die Tatsache, daß die konservative Partei dieses Opfer auf sich genommen habe, zeige, daß sie den Ernst der Lage voll erkannte habe. Er sollte dem Rute Macdonalds Anerkennung, der von der ganzen Partei verlassen, wie er sagte, die ungewöhnliche Tapferkeit befehlen habe, aufzustehen und zu sagen, er werde allein versuchen, das Land über die Schwierigkeiten hinwegzubringen.

Zwischenfälle vor dem Parlament.

London, 8. September.

Während der heutigen Debatte im Unterhause sammelte sich eine große Menschenmenge in der Nähe des Parlamentes an, die Effekte der Lichtmache zu betrachten. Demonstrierende Arbeitslose, welche das Lied von der „Roten Fahne“ sangen (dessen Melodie übrigens die des deutschen Tannenbaumliedes ist! Red.), mischten sich unter diese Menge. Die Polizei ging darauf gegen sie vor und zerstreute die Manifestanten.

Gewerkschaftskongreß für Revision von Versailles.

London, 8. September. (Eigenbericht.)

Der Gewerkschaftskongreß in Bristol nahm am Dienstag einstimmig eine Entschlieung an, die sich mit der Notwendigkeit der Revision des Versailler Vertrages befaßt. Hale erklärte, daß die Auswirkungen des Versailler Vertrages die Beziehungen zwischen den Ländern Europas nicht verbessert hätten. Dies könnte auch solange nicht eintreten, bis die anderen Länder voll anerkannt hätten, daß Deutschland nicht die alleinige Schuld an Kriege aufgebürdet werden dürfe. Eine Abrüstung sei unmöglich, solange Deutschland mit Gewalt niedergehalten und gefesselt werde. Der Präsident des Kongresses bemerkte hierzu, daß dies die einstimmige Auffassung der Versammlung sei.

Gesamtwirtschaft getan haben, sondern in ihren ungeheuren Fehlern, die für Millionen Arbeitslosigkeit und Not bedeuten. Die privaten Großbanken tragen gleiche Schuld wie die kapitalistischen Wirtschaftsführer aus der Industrie. Die Bankfürsten haben die wildeste Konzern- und Kartellpolitik begünstigt. Sie haben den Kapitalstrom, der aus den Ersparnissen und der Arbeit des ganzen Volkes zusammengefloßen ist, an Punkte gelenkt, an denen er ohne Nutzen für die Volkswirtschaft vergeudet worden ist. Sie tragen Schuld an den Fehlinvestitionen, an der ungesunden Verschiebung der Gewichte zwischen Schwerindustrie und Massenbedarfsindustrie!

Aus ihrer Schuld und ihren Fehlern muß die Erkenntnis des Volkes wachsen, daß diese Macht nicht mehr unkontrolliert angewandt werden darf. Die sozialdemokratische Forderung eines Bankenamts ist deshalb nichts weniger als die Forderung einer staatlicher, Nachwächterkontrolle über die Banken. Sie enthält den Willen zur positiven staatlichen Einwirkung auf die Banken und über die Banken auf die Gesamtwirtschaft. Sie will eine volkswirtschaftliche Schlüsselstellung dem staatlichen Einfluß unterwerfen, um von hier aus die Organisation und Beherrschung der Wirtschaft für das Gemeinwohl in Angriff zu nehmen.

Hier ist eine zentrale Forderung, für die die ganze Kraft der gesamten Arbeiterschaft eingesetzt werden muß! Das Wort des Vorstehenden des englischen Gewerkschaftskongresses gilt auch für uns: entweder wir werden die Banken beherrschen, oder sie werden uns beherrschen!

Wir wollen die Volksherrschaft über die Volkswirtschaft, und um sie zu erreichen, wollen wir die Staatsherrschaft über die Bankokratie!

Die zweite zentrale Forderung der Entschlieung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion heißt: Schutz gegen Hunger und Kälte in diesem Winter! Die Halben liegen in Deutschland bestend voll von Kohle, durch eine zweite Kriesenernte sind Kartoffeln in Ueberfülle vorhanden — aber kapitalistischer Widersinn hat bisher verhindert, daß der Ueberfluß für die notleidenden Volksschichten nutzbar gemacht werden konnte. Der Winter droht mit neuer Arbeitslosigkeit, mit Hunger und Kälte gegen die Notleidenden — der Ueberfluß muß zu ihnen in Bewegung gesetzt werden!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion unterbreitet ein Programm für eine großzügige Aktion des Reiches zu zuzügllicher Naturhilfe für die notleidende Bevölkerung. Diese Naturhilfe soll eine besondere Schutzmaßnahme gegen die Schwierigkeiten des kommenden Winters als zuzüglliche Leistung zu den Gedunterstützungen sein.

Die diesjährige Kartoffelernte wird auf 43 Millionen Tonnen geschätzt und geht weit über den normalen Bedarf an Speise-, Futter- und Industrielkartoffeln hinaus. Die Halbenbestände des Steinkohlenbergbaues betragen etwa 12 1/2 Millionen Tonnen Kohle und Koks, die Halbenbestände des Braunkohlenbergbaues etwa 3 Millionen Tonnen Braunkohle und Briketts. Diese Vorräte müssen der Versorgung der notleidenden Bevölkerung dienen, die Kosten dafür können auf dem Wege, den die Sozialdemokratie zeigt, ohne große finanzielle Mehrleistung der Reichsstaatskasse aufgebracht werden.

Wenn im kommenden Winter 5 Millionen Familien pro Familie sechs Zentner Kartoffeln und zwanzig Zentner Steinkohle oder Briketts erhalten, so würden für die Beschaffung der Kartoffeln höchstens 40 bis 45 Millionen Mark, für die Kohlenbeschaffung 60 bis 70 Millionen Mark nötig sein.

Die Kartoffelversorgung kann aus einer Sanierung des Branntweinmonopols und den damit verbundenen Ersparnissen für das Reich ohne Schwierigkeiten bestritten werden. Beim Branntweinmonopol haben sich Vorräte in Höhe von 2 Millionen Hektoliter angehäuft, die ausreichen, den Absatz von mehr als einem Jahre zu befriedigen. Die Suspendierung des Brennrechts ist zur Sanierung des Branntweinmonopols unerlässlich. Das Branntweinmonopol käme damit in die Lage, die großen, vom Reich in Anspruch genommenen Darlehen zurückzuzahlen. Das Reich könnte mit diesen Mitteln die sonst zu Kartoffelsprit verbrannten Kartoffelmengen abnehmen, die Brennereibesitzer dadurch schadlos halten und zugleich die Sonderzueweisung an die notleidenden Familien vornehmen. Berücksichtigt man, daß im Reichsstat 75 Millionen als Darlehen für die Branntweinmonopolverwaltung vorgesehen sind, daß dieser Betrag zeitweise voll vom Branntweinmonopol in Anspruch genommen wird, daß andererseits für den Ankauf von 1,5 Millionen Tonnen Kartoffeln höchstens 40 bis 50 Millionen Mark erforderlich sein dürften, so ergibt sich, daß die Kartoffelversorgung durch eine sinnvolle finanzpolitische Maßnahme ohne Neuanforderung von Reichsmitteln möglich ist.

Ueberschießende Beträge könnten zur Finanzierung der Kohlebeschaffung verwandt werden, ferner können Steuerrückstände von Bergbaukonzernen verrechnet werden, und schließlich könnten die fehlenden Mittel durch stärkere Aufwandsbesteuerung beschafft werden.

Für diese zentralen Forderungen wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre ganze Kraft einsetzen. Sie wendet sich mit ihnen an die gesamte Arbeiterschaft, an das ganze deutsche Volk. Ihre Entschlieung, die nach vielstündiger ernster Beratung gefaßt wurde, ist Forderung und Mahnung an die Regierung, vor allem aber auch ein Ruf an das Volk: Her zu uns!

Mit uns für Schutz der Notleidenden gegen Hunger und Kälte!

Mit uns für Staatsherrschaft über die Bankokratie, für Volksherrschaft über die Volkswirtschaft!

Hamburger Bürgerchaftswahl. In Hamburg sind zur Bürgerchaftswahl 15 Wahlvorschläge eingereicht worden. Die konservativen Trevisanus und Lambach beteiligen sich nicht an der Wahl. Die „kommunistische Opposition“ hat nur im Hamburger Stadtgebiet eine Kandidatenliste eingereicht.

Versicherungsschwindler im Kleinen.

Der fingierte Einbruch. — Die Kosten eines Autounfalls.

Versicherungsbetrug ist große Mode. Ein jeder macht's, wie er es weiß. Die einen, wie Lehner oder Safran, lassen statt ihrer andere sterben, um selbst in den Genuss der Versicherungssumme zu gelangen; andere, wie neulich ein Kaufmann in Warschau, dingen Arbeitslose, damit diese sie ermorden und den Angehörigen die Versicherung ausgezahlt wird.

Auch der Angeklagte W., der vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte Rede und Antwort zu stehen hatte, machte es, wie er es verstand. Nach seinen wenn auch geringen Strafen wegen Betrügereien zu urteilen, hätte er eigentlich in diesen Dingen Erfahrungen besitzen müssen. Erst im April dieses Jahres zog er sich einen Monat Gefängnis zu, weil er

einen Unfall zu einem unbedeutenden Versicherungsschwindel mißbraucht

hatte; diesmal war es vorbeigelungen. „Schön, sagte er sich, jetzt weiß ich, wie man's nicht machen soll und mache es nächstens um so besser.“ Bald hatte er einen zweiten Unfall: Er stieß mit einem fremden Wagen an einen anderen, der nur ganz geringe Beschädigungen und er einigte sich mit dem Chauffeur bei einem Glase Bier auf 40 Mark. „Bin ich aber ein Dummkopf,“ sagte sich W. am Tage darauf, „das war doch eine hervorragende Gelegenheit, ein Versicherungssummen zu erben.“ Also machte er dem Chauffeur J. den Vorschlag, er möchte ihm eine Rechnung auf 300 Mark Reparaturkosten ausstellen. J. wollte davon nichts hören. W. fand einen anderen Weg. Er veranlaßte seinen Bekannten A., einen Stempel zu bestücken und auf den Namen des J. eine Rechnung auf angeblich 167,75 Mark ausgeführte Reparaturen auszustellen. Die Rechnung reichte er bei seiner Versicherungs-

gesellschaft ein. Als J. von der Gesellschaft die Mitteilung erhielt, daß das Geld zur Auszahlung gelangen würde, ging er doch auf W.'s Kombination ein; er erhielt 25 Mark, 10 Mark, den Rest W. Alles war glatt verlaufen.

Der Appetit kommt mit dem Essen, sagt das Sprichwort. Der Erfolg spornte W. zu neuen Taten an. Als er eines Tages mit Frau und Tochter von einer Reise zurückkehrte, fand er seine Wohnung erbrochen und seine Sachen durchwühlt. Er brachte alles in schönste Ordnung und alarmierte die Polizei. Der Kriminalbeamte fand eigentlich keine Spur von Einbrechern.

Es fehlten aber verschiedene Gegenstände, ein Silberbesteck für 18 Personen, zwei Operngläser, ein Paar Schuhe und noch viele andere Dinge.

Kein Zweifel, die Diebe hatten sie mitgenommen. W. reichte bei der Versicherungsgesellschaft eine Schadenrechnung in Höhe von 827 Mark ein, erhielt 527 Mark ausgezahlt und rief sich vor Genugtuung die Hände. Gibt es denn etwas Einfacheres auf der Welt, als zu Versicherungssummen zu gelangen? Denn passierte aber ein Malheur. W. entzweite sich mit seiner Ehefrau und die Frau erstattete Anzeige. Man fand das Silberbesteck in der Matratze, die Operngläser auf dem Ofen, allmählich wurden auch alle anderen von den Dieben fortgeschleppten Dinge aus ihren Verstecken hervorgeholt. W. war sein eigener Dieb gewesen.

Das Gericht ging über den Antrag des Staatsanwalts hinaus. W. erhielt neun Monate Gefängnis, man sah ihm kein Mißvergnügen an, J. wegen Beihilfe 40 Mark Geldstrafe, A. war nicht erschienen.

Da das Fabrikgrundstück unter dem Schutz der dritten Klammstufe steht, rüdten fünf Löschzüge aus den verschiedensten Stadtteilen an. Es stellte sich aber glücklicherweise heraus, daß keine große Gefahr bestand, sondern nur in einem Keller Brennholz in Brand geraten war. Deshalb konnten die anderen Züge wieder abrücken. Die Weihenstephaner Feuerwehr löschte das Feuer schnell.

Ein beredter Mund.

Wie ein Rechtsanwalt an zwei Einbrecher appellierte.

Als einsichtsvolle Burschen entspinnen sich zwei Einbrecher, die in der vergangenen Nacht eine Wohnung in der Schlüterstraße mit ihrem Besuch besetzten.

Sie drangen unbemerkt in die Räume eines bei den Inhabern als Untermieter wohnenden Rechtsanwalts ein und begannen eifrig Kleider- und Wäschekränke auszuräumen. Gerade als sie mit dem Einpacken der Sachen beschäftigt waren, kam der Rechtsanwalt nach Hause und wurde sofort mit vorgehaltenem Revolver gezwungen, auf einem Stuhl Platz zu nehmen. Durch diese reichlich gewalttätige Methode durchaus nicht aus der Fassung gebracht, verstand er es mit gutem Zureden, den zwei Eindringlingen das Unrechtmäßige ihres Tuns klar zu machen. Sie packten schließlich die Sachen wieder aus, nahmen ihm dafür aber die Brieftasche ab, die 60 Mark enthielt. Der Rechtsanwalt ließ aus neue feine Beredsamkeit sprühen. Unmöglich konnte man ihn seiner ganzen Barthschaft berauben. Worauf ihm prompt 50 Mark zurückgegeben wurden. Die restlichen 10 Mark benötigte man, wie höflich erklärt wurde, unbedingt als Fahrgeld für die Rückkehr nach Hause. Als sich die zwei nach herzlichem Abschied entfernen wollten, löste sich durch Unachtsamkeit aus der Pistole des einen ein Schuß, ohne aber jemand zu

verletzen. Freundliche Entschuldigung auch hierfür. Dann nahmen die „liebenswürdigen“ Einbrecher endgültig Abschied, nicht ohne zum guten Schluß doch noch zwei Perserbrücken im Werte von etwa 3000 Mark mitgehen zu lassen. Es gelang ihnen, mit ihrer Beute unerkannt zu entkommen.

„Nautilus“ stark beschädigt.

In Adventsban auf Spitzbergen angekommen.

Kopenhagen, 8. September.

Wie aus Adventsban (Spitzbergen) gemeldet wird, ist „Nautilus“ am Dienstagmorgen um 13 Uhr dort angekommen. An Bord ist alles wohl bis auf den Maschinisten, der erkrankt ist. Das U-Boot selbst macht einen kläglichen Eindruck. Es kam mit schwerer Schlagseite an und ist an verschiedenen Stellen led. Wie lange das U-Boot in Adventsban liegen bleiben wird, steht noch nicht fest. Es dürfte aber in wenigen Tagen südwärts gehen. Man wartet erst einmal gutes Wetter und eine Besserung im Befinden der Mannschaft ab.

Ob das U-Boot imstande sein wird, die Rückfahrt nach Amerika anzutreten, dürfte bei dieser Jahreszeit, wie Sachverständige erklären, zweifelhaft sein.

Durch Narchose zur Fremdenlegion.

Zwei Werber ins Zuchthaus geschickt.

Lüneburg, 8. September.

Vor dem Lüneburger Gericht hatten sich zwei Franzosen zu verantworten, die einen Tischlergesellen, nachdem sie ihn mit einer narkotischen Zigarette eingeschläfert hatten, in einem Auto entführten. Das Gericht stellte einwandfrei fest, daß sie den Tischlergesellen in die Fremdenlegion verschleppen wollten und verurteilte sie zu je vier Jahren Zuchthaus und 1500 Mark Geldstrafe.

Familiendramödie in München.

Bier Personen durch Gas vergiftet.

In der Stadt Pasing bei München wurden vier Personen, und zwar eine Frau Dr. Dehn mit ihren beiden Söhnen im Alter von 5 und 12 Jahren und die Hausangestellte in ihrer Wohnung durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Drückende Kollage und zertrümmerte Familienverhältnisse dürften der Grund zu der schrecklichen Tat sein.

Zweifaches Todesurteil aufgehoben.

Dessau (Anhalt), 29. August.

Das anhaltische Schwurgericht verhandelte kürzlich gegen die Arbeiter Hermann und Paul Gröffe aus Zerbst in Anhalt, die im Januar dieses Jahres die 47 Jahre alte Witwe Gerndt bei einem Raubüberfall in brutalster Weise umgebracht hatten und dafür vom Schwurgericht in Dessau zum Tode verurteilt waren. Das Reichsgericht hatte wegen ungenügender Beweisaufnahme das Urteil aufgehoben und die Sache an das Schwurgericht Dessau zurückverwiesen, das nunmehr nicht wieder auf Todesstrafe erkannte. Es wurden vielmehr verurteilt wegen qualifizierten Totschlages und schweren Raubes Hermann Gröffe zu 15 Jahren und Paul Gröffe zu zehn Jahren Zuchthaus mit den üblichen Nebenstrafen.

Amy Johnson in Berlin. Die englische Fliegerin Amy Johnson ist auf dem Rückflug von Ostasien nach London gestern nachmittags um 15.15 Uhr, von Königsberg kommend, auf dem Tempelhofer Feld zwischengelandet.

Nachspiel zu Erwerbslosentravallen.

Acht Monate Gefängnis für den Rädelführer.

Die schweren Zusammenstöße, die sich am 20. Mai nachmittags vor dem Rathaus Neukölln zwischen Erwerbslosen und Polizeibeamten zutrugen, fanden ihr gerichtliches Nachspiel vor dem Schöffengericht Neukölln.

An dem betreffenden Tage fand im Rathaus Neukölln eine Sitzung der Bezirksversammlung statt, und in verschiedenen Arbeitsnachweisen waren die Erwerbslosen aufgefördert worden, sich um 6 Uhr nachmittags zu einer Protestkundgebung vor dem Rathaus einzufinden. Tatsächlich erschienen auch einige 100 Erwerbslose, denen anfänglich nur ein Polizeibeamter gegenüberstand. Der Erwerbslose Willi Müller schlug diesen Beamten nieder und herbeieilende Verstärkung konnte ihn nur mit der Pistole in der Hand aus der gefährlichen Situation retten. Fünf Linksradikale, die bei diesen Zusammenstößen festgenommen waren, hielten sich vor dem Gericht zu verantworten. Zwei Personen mangelte Beweises freigesprochen werden, während Willi Müller, der sich als Rädelführer betätigt hatte, wegen schweren Landfriedensbruchs zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Zwei andere Angeklagte wurden wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 30 bzw. 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Feuer bei Trumpf.

Die Berliner Feuerwehr wurde gestern nachmittags gegen 3 1/2 Uhr nach der Gultav-Adolf-Straße 131 in Weihensee gerufen, wo sich die Schokoladenfabrik Trumpf befindet.

WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN VON Felix Scherret.

Einer zieht den anderen und wird wiederum gezogen, und niemand erkennt, wo sich der Manager dieses Puppenspiels versteckt. Herr Ziege zittert vor Herrn Silberstein und Herr Silberstein vor Herrn Marx, während Herr Marx vor den Berliner Direktoren zittert, und diese zittern vor einer anderen noch höheren Instanz, und so geht es weiter. Ad infinitum hießen auf der Schule die mathematischen Reihen. Ist die Welt nur eine solche Reihe des Zitterns, der Angst, der Verzweiflung? Die ruhigen, kalten Augen des Herrn Marx, die heute jede Schüchternheit verloren haben, blicken James unbeweglich an. Vielleicht kommt es ihm auch nur so vor, und der kleine Marx ist genau so fesselt wie früher, nur die Angst, die Unsicherheit trüben den Blick, lassen ihn am Vormittag in den nüchternen Räumen einer deutschen Großbank Geispenster sehen, die phantastische Zahlentänze aufzuführen. Ich bin verstrickt, unrettbar verstrickt in diesen Cancan der Beziehungen und Abhängigkeiten, war es immer, aber heute kommt es mir klar zum Bewußtsein, so klar wie noch nie in meinem Leben.

„Wozu raten Sie mir?“ James bemüht sich, der Frage Rückgrat, einen fühlbaren Halt zu geben. Sie soll nur rhetorischen Charakter tragen, eine unverpflichtende Form der Unterhaltung bilden. James weiß schon, wie der Hofe läuft. O, er ist klug und weise und ihn betrügt man nicht, wenigstens nicht so leicht.

Herr Marx scheint dagegen anderer Meinung zu sein. Er ist der Lehrer, der einem schwach begabten und zurückgebliebenen Schüler Rat schlägt für den weiteren Lebensweg erteilt und der auf die Fußangeln hinweist, die die Welt dem Ahnungslosen stellt.

„Deswegen habe ich Sie hergesehen.“ Herr Marx spricht ganz sanft. „Sie müssen mehr Geld beschaffen, oder wir sehen uns gezwungen, die Aktien zu verkaufen. Sie sind bei dem ständig rutschenden Kurs von Ihrer Seite höchstens noch mit zehn Prozent gedeckt. Rechnen Sie dazu die Provisionen und Spesen, und Sie werden als erfahrener Kaufmann ein-

sehen, daß wir so handeln müssen. Ich setze hinzu, zu unserem größten Bedauern. Die Bank darf nicht verlieren.“

„Wieviel soll ich zahlen?“ Herr Marx grübelt. Sein Kopf mit den abstehenden, geröteten Ohren gleicht einer steinernen Maske, der ein eigenwilliger Bildhauer groteskes Gepräge gab. Der Mund ist nur ein dünner Strich.

„Trotzdem der Kurs fallende Tendenz zeigt, würden 120 000 Mark auf jeden Fall genügen. Sie sind dann gedeckt und können alles weitere in Ruhe abwarten. Auch die Baiffe wird vorübergehen, und der Kurs kann über Nacht in die Höhe schnellen.“

„Und wenn ich nicht zahle?“ James fragt beiläufig, als ob diese Möglichkeit außerhalb der Welt läge. „Wie gesagt, dann wären wir zum Verkauf gezwungen.“ Herr Marx hat sich erhoben und die linke, geballte Faust auf den Schreibtisch gestemmt. Die Pose verleiht ihm das Aussehen eines verschüchterten Heroen. Sie übersteigt sein Format. Aber dieser komisch wirkende Herr Direktor hält die Trümper in der Hand und gewinnt das Spiel. Damit muß man rechnen.

„Lassen Sie mich einmal überlegen. Wann muß ich die Summe Ihrer Bank zur Verfügung stellen?“ James ist wieder der kühl erwägende Geschäftsmann, der Gefahren zu trogen versteht.

Herr Marx legt die Hände auf den Rücken, sein läubelich gefaltet, und tritt ans Fenster. Ein kurzer Blick auf die Straße, wo sich der mittägliche Autoverkehr zu entspannen beginnt, belehrt ihn, daß alles beim alten ist.

„Es handelt sich um eine Maßnahme der Vorsicht. In Ihrem eigenen Interesse würde ich Ihnen raten, mit dem Geld so schnell wie möglich bei der Hand zu sein, wenn angängig, heute nachmittags schon!“

„Gut! Bis drei Uhr ist das Geschäft erledigt.“

James reicht Herrn Direktor Marx die Hand. Er hält sie in der Luft und wartet, bis der Herr Direktor zu ihm kommt. Er macht keinen Schritt ihm entgegen. Ungefähr fünf Meter trennen die beiden Herren. Darüber ist Herr Marx kaum erfreut. Er liebt es nicht, leere, weite Räume zu durchschreiten. Er hat bei solchen Gelegenheiten immer ein kaltes, unangenehmes Gefühl im Rücken, er braucht die Deckung von Möbeln, die man in Augenblicken der Unsicherheit betasten kann. Der Besucher muß im freien Raum stehen. James genießt einen heimlichen Triumph, eine kleine

Privatrache, und trotz der finanziellen Schwierigkeiten lacht er, fast wider Willen. Auch Herr Direktor Marx zwingt sich zu einem verbindlichen Grinsen, doch in seinem Innern herrscht schwarze Gemütsstimmung.

Als James die Straße betritt, ist die Freude verfliegen. Er befiehlt seinem Chauffeur, nach Hause zu fahren. Oben hat er erklärt, bis heute nachmittags die Summe zu beschaffen. Das ist leicht gesagt, aber schwer getan. Vier Stunden hat er noch Zeit. Vier Stunden können lang sein, und sie verfliegen wie Minuten, wenn man vergebens nach Geld läuft. Vor einem Schaufenster bleibt er stehen, stiert hinein, ohne zu wissen, was er sieht, dann trottet er weiter. Soll er nicht das Geld schließen lassen? Es ist ein schwerer Verlust, und dieser Verlust kann bei der unsicheren Konjunktur nur langsam oder gar nicht aufgeholt werden. Doch man steht wenigstens vor der klaren Tatsache des Verlustes und macht sich keine Illusionen. Hat er den Mut zum Ausstreichen und Weitergehen, oder sucht er nicht immer wieder Kompromisse und Hoffnungen? Wenn er wenigstens Manfreds Vorschlag der Geschäftsbeteiligung akzeptiert hätte. Das greuliche „Hätte... hätte... hätte!“ Besser wird dadurch nichts, man verträumt allein die Zeit mit diesen gedanklichen Kombinationen und Spielereien. Nein! Nicht mehr träumen! Den Dingen klar entgegensehen! Es wäre Feigheit, die Hirnte ins Korn zu werfen und auf das Geschäft zu verzichten. Westkohl steht fabelhaft da. Sie muß wieder steigen, sie wird auch steigen, und am Schluß winkt ein ganz großes Geschäft. Das Haus Silberstein besitzt Kredit. Man lebt schließlich in einem anständigen, kapitalistischen Lande. Außerdem treffen in ein paar Tagen die schlesischen Zahlungen ein.

Aus einer Vorkammer ruft James seinen Freund Erikson an. Der Prokurist erzählt etwas von einer dringenden, geschäftlichen Besprechung im Ratskeller. Es soll sich um einen großen Lieferungsaufrag handeln, und wichtige Verträge werden besser an neutralen Orten durchgesprochen. Da der Chef schon zwei Stunden fort ist, wird sich die Konferenz wohl ihrem Ende nähern.

In einer Nische des Ratskellers unter einem geschwärtzten, schweren gotischen Bogen sitzt Kurt Erikson mit einem vornehmen Herrn, den sogar ein Monokel zielt. James wird lärmend begrüßt und dem Vornehmen vorgestellt, der sich mit gemessener Reserviertheit verbeugt und über die neue Bekanntschaft nicht entzückt zu sein scheint. Es ist ein Oberregierungsrat von Kiew. (Fortsetzung folgt.)

„Ein bedauerlicher Zufall“.

Wegen schweren Raubes zu einem Jahr Gefängnis verurteilt

„Ein bedauerlicher Zufall, der mich hereinreißen kann“, jagte gestern der 25jährige wegen schweren Raubes angeklagte Bauarbeiter S., von tatsächlich eigentümlichem Zusammenreffen äußerst verdächtiger Umstände.

Frau L. kassiert am 3. d. M. wie üblich in der Courfleurstraße Mietgelder ein. S. wohnt in derselben Gegend. Frau L. benutzte zur Nach-Hause-Fahrt den Omnibus 9, eben denselben Wagen besteigt auch S. An ihrer Haustür am Bekehmpplatz erhält Frau L. von S. plötzlich einen Faustschlag; er entleert ihr das Köfferchen mit 900 Mark, läuft davon, wird aber gefasst. Der Staatsanwalt glaubt nicht an das eigentümliche Zusammenreffen so vieler verdächtiger Umstände und ist der Ansicht, daß S. Frau L. ausgelauert haben müsse. Frau L. ist überzeugt, daß irgendeiner von ihren Mietern dem Täter den Tip gegeben habe. Sieht man aber von diesen ungeklärten Einzelheiten ab, so erscheint das Ganze als ein tief bedauerlicher Zufall, wie so oft geboren aus der Not.

Vor dem Gerichtssaal bittet eine nette junge Frau die Bericht-erstatte, nicht den Namen ihres Mannes zu nennen: „Er ist ja schon so beschmugelt, ich bin jetzt noch ahnungslos, wie das geschehen konnte“ und im Gerichtssaal bricht sie beim Anblick ihres Mannes in Tränen aus. Dieser erzählt mit knappen Worten seinen Lebenslauf. Er ist der zweitjüngste von 16 Kindern. Mit geringen Unterbrechungen hatte er stets Arbeit. Im Jahre 1929 heiratete er, kaufte seiner Frau eine Nähmaschine, wurde arbeitslos und konnte nun weder Schulden an die Schwiegermutter, noch die Raten für die Nähmaschine bezahlen, noch seinen Mietverpflichtungen der Mutter gegenüber nachkommen. Die Arbeitslosenunterstützung für ihn und die Frau betrug 14 Mark und einige Pfennige, die Mutter, bei der er wohnte, erhielt zusammen mit dem 19jährigen Bruder nicht mehr als 33 Mk. Wohlfahrtsunterstützung. Er hatte beim Wohlfahrtsamt um Wirtschaft- und Mietbeihilfe nachgesucht und sollte am 3. September 15 Mk. abholen. „Was sollte ich mit der geringen Summe anfangen“, sagte er. Ich war vollständig irrt. Auf dem Wege zu meiner Schwester, wo ich den Ofen streichen sollte, stellte ich mir plötzlich alles Nadel vor. Es fiel mir ein, nach dem Westen zu fahren, um dort zu Geld zu kommen. Ich war so weit, daß ich mich sogar hätte prostituiert können. Ich fuhr nach dem Tiergarten, lief durch die Straßen und sah plötzlich die Dame vor mir...“

Der Ton macht die Musik, sagt das Sprichwort. Das „Wie“ in der Schilderung des Angeklagten, seine innere Haltung der Tat gegenüber mußte ausschlaggebend sein für deren Bewertung. Deshalb beantragte wohl der Staatsanwalt unter Zustimmung mildernder Umstände „nur“ 15 Monate Gefängnis, und deshalb verurteilte das Gericht den Angeklagten zur Mindeststrafe von einem Jahr...

Weiteres Geständnis Streckers.

Helfershelfer streitet er entschieden ab.

Die Unteruchung gegen den Schriftsteller Karl Streckler, der nach seinem eigenen Geständnis die von ihm gemietete Villa in Zehlendorf in Brand steckte, wird noch fortgesetzt. Besonders gehen die Ermittlungen in Weimar weiter. Für die restlose Aufklärung wäre es von Wichtigkeit, wenn sich der Droschkenschaffeur melden würde, der Streckler auf seiner Fahrt nach Klein-Machnow im Wagen gehabt hat. Es handelt sich um die Nacht zum 26. August d. J. Der Fahrgast ist gegen 1 Uhr am Anhalter Bahnhof eingestiegen und hat sich bis in die Nähe des Erlenerweges in Zehlendorf-Klein-Machnow bringen lassen. Um dem Chauffeur unnötige Wege zu ersparen, genügt es, wenn er seine Adresse bei der nächsten Polizeistelle oder der Bahnhofswache am Anhalter Bahnhof, wo er vielleicht seinen Standplatz hat, angibt.

Die Frage, ob Streckler bei der von ihm verübten Brandstiftung, wie bisher immer angenommen wurde, Helfershelfer gehabt habe, wird von ihm selbst nach wie vor entschieden verneint. Er hat auch seinem Anwalt gegenüber immer wieder erklärt, daß er die Tat allein vorbereitet und auch ausgeführt habe. Insbesondere verweist er darauf, daß er ja, wenn er Helfer gehabt hätte, diesen ruhig die letzte Durchführung der Brandstiftung hätte überlassen und sich in der fraglichen Zeit fern von Berlin hätte aufhalten können. Da er aber allein gehandelt habe, hätte er zu diesem Zweck auch selbst von Weimar nach Klein-Machnow zurückfahren müssen. Zu der Behauptung, daß ein jüngerer Mann den Einkauf von einigen Benzinkanisterchen besorgt habe, widerlegt Streckler mit dem Hinweis, daß er selber viel jünger aussehe, als er tatsächlich sei. Im übrigen legt er großen Wert auf die Feststellung, daß er bei der Vorbereitung

Im Nachweis für Hausangestellte.

Arbeitsmöglichkeit — aber schwere Bedingungen.

Man wird den schweren Stand der Arbeitsnachweise besonders in dieser Berufs-kategorie begreifen, wenn man einmal eine Stunde lang den Unterhandlungen beigewohnt hat; der Arbeitnehmer spielt hier dem Arbeitgeber gegenüber eine ganz unzeitgemäße Rolle und unwillkürlich drängt sich einem das deprimierende Bild früherer Leibeigenschaft auf, wenn man sieht, wie die „gnädige Frau“, die ihr vorgeführte menschliche Ware auf ihre äußeren und inneren Vorzüge hin taxiert.

Sie läßt sich von der Vermittlerin drei, vier, fünf und auch noch mehr Mädchen vorstellen, gefällt ihr eine rein äußerlich nicht, dann schreit sie ihr gleich ins Gesicht: „Rein, die mag ich nicht, die gefällt mir nicht!“ Gesenktes Kopfe macht das arme Ding dann kehrt und verschwindet, manchmal ertönt dann aus irgendeiner Zimmerede der Ruf zu ihr: „kommen Sie doch mal zu mir hier“, dann verhandelt sie mit einer anderen Hausfrau, oft auch noch mit mehreren. Ein ohrenbetäubender, nervenzerschütternder Lärm herrscht in den beiden Verhandlungszimmern, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Gruppen dicht bei dicht stehen und verhandeln. Die beiden Verhandlungszimmer sind gepflastert mit Mädchen, die sitzend und stehend ihres Auftrages harren; die Vermittlerin pendelt gleich einem Perpetuum mobile ständig zwischen den vier Räumen hin und her, ruft die Mädchen auf und führt sie vor, nimmt die Wünsche der Hausfrau in Empfang, schiebt die Zurückgewiesenen wieder in die Warteräume, muß hier Auskunft geben, dort vertrösten, aufgeregte Hausfrauen-gemüter beschwichtigen, an allen Ecken und Enden zugleich sein, um Rede und Antwort zu stehen.

Es fehlt an vorgebildeten Kräften.

Auffallend ist, daß es sich bei dem größten Teil der Arbeit-suchenden um junge, eigentlich jüngste Mädchen handelt, die im Alter von 14 bis 18 Jahren stehen; und hier beginnt gleich das Dilemma der Vermittlungsarbeit — es fehlt an geschultem Personal. Kaum eine Hausfrau will ein Mädchen von Grund auf anlernen, im Gegenteil, man will eine selbständige Kraft mit vielseitigem, erprobtem Können, das durch lange, lückenlose Zeugnisse dokumentiert ist. Daß schließlich jedes Mädchen an einer Stelle ihre Berufstätigkeit beginnen muß, interessiert die „Gnädige“ nicht und auf der anderen Seite macht sie der jugendlichen Hausangestellten auch noch den Besuch der von der Stadt Berlin eingerichteten Förderkurse — hier kann sich das Mädchen in allen Hausarbeiten vervollkommen — durch Verweigerung der notwendigen Freizeit unmöglich. All den jungen Dingen fehlt also alles, was die Hausfrau zur Bedingung stellt: Das Können, die Selbständigkeit und die „guten Zeugnisse“; der Himmel mit den langjährigen Zeugnissen macht sich hier wieder ganz besonders stark bemerkbar, kürzere Zeugnisse und keine aufeinanderfolgende Tätigkeit erregen das hausfrauliche Mißtrauen und schwerwiegende Bedenken; daß an dem Stellungswechsel ja nicht unbedingt das Mädchen die Schuld tragen muß, wird erst gar nicht in Erwägung gezogen, ebenso nicht der Umstand, daß die Stellen nicht allzu dicht gesetzt sind und unfrei-

williges Passieren kaum zu vermeiden ist. In allem zeigt sich ein ganz vorläufiger Arbeitgeberstandpunkt.

Die Hauptsache, woran die meisten Anstellungsverhandlungen scheitern, ist natürlich die Gehaltsfrage; dies gilt insbesondere für die kleinen Haushalte, wo das Mädchen für einen ganz geringen Lohn alles Mögliche, besser gesagt Unmögliches, leisten soll. Sie muß aufräumen, kochen, die ganze Wäsche waschen, das Telefon bedienen, die Kinder betreuen und wenn es ein Geschäftshaus ist, in ihrer „freien Zeit“ auch noch im Geschäft helfen. Daß ein Mädchen für solch anstrengende Arbeit einen angemessenen Lohn verlangt, kann man ihr kaum verbieten. Die Hausfrau versucht zwar, ihre Jugend und die fehlende Routine als entwertendes Moment in die Waagschale zu werfen, meist aber mit wenig Erfolg. Gewiß, die wirtschaftliche Krise erfordert einen Abbau nach allen Richtungen, er darf aber nicht so weit gehen, daß man vom Arbeitnehmer eine völlige Ausbeutung seiner Arbeitskraft bei schlechten Lohnverhältnissen verlangt. Entweder die Frau arbeitet mit und erleichtert dem Mädchen auf diese Weise die Tätigkeit, oder aber sie verzichtet auf fremde Hilfe. Unter allen Umständen läßt sich eben nicht „gnädige Frau“ spielen!

Was den Mädchen zugunsten wird, das spottet oft jeder Beschreibung: Da will eine „Madame“ für einen 6-Zimmer-Haus-halt mit drei Personen, wo das Mädchen auch noch kochen und waschen muß, nicht mehr als zwanzig Mark Lohn bezahlen. Sie ist eine jener ungern gelesenen Kundinnen, die ständig den Nachweis belagert, sich eine Unmenge Mädchen vorführen läßt und nie einig wird. Wenn dann auch der Vermittlerin mit der Engels-geduld einmal der Papiertrage plagt, dann meint Madame indigniert: „Gott, Mädchen kriegt ich, soviel ich haben will; da sehe ich ganz einfach ein Inserat in die Zeitung, da bekomme ich, was ich verlange.“ Wertwürdigerweise stellt sie sich aber, trotz dieser gefährlichen Drohung, immer wieder im Nachweis ein, entweder hat ihr probates Mittel doch verjagt, oder sie will das Inseratengeld nicht riskieren. Andere Frauen stellen wieder in bezug auf das Mädchens-Privatleben ganz eigentümliche Bedingungen. Die eine unterlagt die Pflicht eines Bräutigams aufs strengste, die andere stellt die Heim-lehr vom Ausgang für Schlag 11 Uhr abends zur Bedingung und die dritte weigert sich überhaupt, den Haus Schlüssel herauszurücken. Hier soll das Mädchen im Badezimmer schlafen — vermutlich in der Wärme — dort im Flur, hier wieder wird eine vollständige Servierausstattung verlangt, langes abendliches Aufschieben, weil häufig Gäste kommen usw. Daß die jungen Mädchen solche Stellen nicht gerne annehmen, versteht sich von selbst.

In einem der größten Hausangestellten-Nachweise gehen pro Tag schätzungsweise 200 Hausfrauen und noch viel mehr Mädchen aus und ein, es werden aber auch täglich etwa 50 Vermittlungen erledigt. Wäre nicht der ständige Stellenwechsel, dann wäre die Zahl der Arbeit-suchenden noch geringer. Um diesen nach Möglichkeit zu verhindern, bemühen sich die städtischen Nachweise, den Wünschen beider Parteien nach Möglichkeit gerecht zu werden.

der Brandstiftung alles so eingerichtet habe, daß weder die im Erd-geschoß wohnende Boerierfamilie, noch die Nachbarsleute, denen er die Wohnungsschlüssel gegeben hatte, bei einem etwaigen vorzeitigen Betreten der Räume zu Schaden gelangen würden. Er habe absicht-lich langsam brennende Verbindungsdrähte gelegt, damit für etwa bedrohte Personen Zeit zur Rettung bliebe, und gerade dadurch sei dann die Entdeckung der Brandstiftung ermöglicht worden. Streckler bestreitet ferner, daß er Selbstmordabsichten habe; vielmehr fühle er sich jetzt, nachdem er sein Geständnis abgelegt habe, sehr erleichtert.

„Spiel, Sport und Technik im Reichsbanner.“

Der preußische Innenminister Carl Severing hat das Pro-tectorat dieser großen Herbstveranstaltung des Berliner Reichsbanners übernommen, die am Sonntag, dem 13. September, nachmittags 15 Uhr, im Stadion an der Hous stattfindet. Außer den sportlichen und technischen Vorführungen, zu denen die besten Mannschaften aus dem Gaugebiet antreten, findet im Rahmen der Veranstaltung ein Massen-spiel von 1000 Musikern und Spiel-leuten statt. Fadelreigen, Feuerwerk und Zapfen-

streich beschließen das Programm. — Karten sind erhältlich an der Theaterkasse AdW., bei Tieh, Leipziger Straße, Alexanderplatz und Frankfurter Straße, bei sämtlichen Konzertkassen von L. Wachsm., bei allen „Vorwärts“-Fiskalen, im Gaudens-Schiffbau-straße 37/38, und im Stadion an der Hous.

Spanische Jugend in Berlin.

Spanische Jugend, Mädchen und Knaben, weiß in diesen Tagen in Berlin. Ihr Besuch liegt im Rahmen des Schäferanstandes der Vereinigung für kontinentale Erziehung: Junge Spanier sind in Deutschland, junge Deutsche in Spanien.

Gestern nachmittag hatte der Botschafter der spanischen Republik Castro seine jungen Landsleute, die Vertreter des Reiches, des Freistaates Preußen und der Stadt Berlin, sowie viele Freunde des so bedeutsamen Austauschwerkes in die Räume der Botschaft geladen. Die preußische Regierung repräsentierte der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Genosse Grimm. Auch das Auswärtige Amt hatte mehrere Vertreter entsandt. Staats-minister a. D. Boelckje hielt die Hauptansprache. Er betonte, daß, wenn schon vor dem Kriege die Jugend der verschiedenen Länder Gelegenheit gehabt hätte, sich untereinander kennenzulernen, viel-leicht vieles Schlimme verhindert worden wäre. Die deutsche Republik freue sich, die jungen Gäste aus Spanien begrüßen zu dürfen, deren Besuch hoffentlich zum gegenseitigen Verstehen der beiden großen Kulturvölker beitragen werde. Bot-schafter Castro wies auf die Bemühungen hin, die das spanische Volk in ehrlicher, zäher Arbeit mache, um seine junge Republik aus-zubauen. Er hoffe auf einen Erfolg ebenso fest, wie er davon über-zeugt sei, daß auch die deutsche Republik die Schwierigkeiten dieser Zeit durch die bewundernswürdige Energie des deutschen Volkes überwinden werde. Im Namen der jungen Spanier dankte er Deutschland und vor allem auch die Stadt Berlin für die herzliche Gastfreundschaft, die seine Landsleute genießen durften.

Gemüse, Obst, Blumen.

Eine sehenswerte Ausstellung von Gemüse, Obst und Blumen veranstaltete mit Fleiß und allerbestem Gelingen in Schonerts Fest-sälen in der Knospestraße der Bezirksverband der Klein-gärtner Berlin-Lichtenberg. Bei der Eröffnungsfeier trug ein Sprechchor mit kräftigen Worten die Wünsche der Klein-gärtner vor und der Dezernent vom Bezirksamt Lichtenberg, der das Kleingartenwesen zu betreuen hat, erinnerte daran, daß man für die Kleingärtner nicht nur Worte, sondern auch Taten übrig ge-habt habe. Freilich haben, um den Bau eines Großkraftwerks und den Bau von Häusern zu ermöglichen, Kolonien geräumt werden müssen, die 20 und 30 Jahre bestanden. Das war für die Klein-gartenbauer eine ungeheure Härte und daraus muß immer wieder die vernünftige Forderung von Dauerkolonien aufgestellt werden. Die ganze Ausstellung ist die schönste Werbung für sich selbst durch die Leistung. Da sieht man eine Blumenpracht, die jeden Menschen erfreuen muß und man gewahrt, wie der „Königstiger“ neben dem „Weißen Weißflieder“ und der „Christlich Arbeit“ gedeiht. Neben diesen schönen älteren Namen sieht man aber auch ganz moderne und eine Blume heißt sogar „Antenne“. Unter dem Obst sieht man Kirschen, Birnen und Rastatterer Wein, Johannisbeeren, Rhammen und Aprikosen, Haselnüsse, amerikanische Brombeeren, Tomaten und Schattentomaten. Daß unter dem Gemüse alles vorhanden ist, was eine Hausfrau erfreut, versteht sich von selbst. Schön ist ferner die Sonderabteilung, die eindrucksvoll die Besucher über Schädlings-bekämpfung und Vogelschutz unterrichtet.

Kopierpresse und laufendes Band.

Weg der Zeit. — Was uns die Iba lehrt.

Wenn eine Veranstaltung dazu geeignet ist, den Büroangestellten ihre Zugehörigkeit zum Proletariat eindringlich zu machen, so ist es die Internationale Büro-Ausstel-lung 1931.

Man denkt zuerst nur an die Maschine. Der Mensch, der ihr das Leben erst einhaucht, ist eine etwas überflüssige Angelegenheit geworden. Der Stand der Rationalisierung in den Büros wird draußen in der Autobahn auf dem Kaiserdam mit einer Ein-dringlichkeit gezeigt, die selbst auf den Unbeteiligten wirken muß, bedrückend auf die aber, die noch in den Betrieben stehen und um ihre Posten bangen, niederschmetternd auf die Menschen, die schon zur großen Armee der Arbeitslosen gehören.

Märchen von einst.

Es klingt schon fast wie ein Märchen, daß es jemals Büros gegeben hat, in denen man mühsam jeden einzelnen Brief, jede Rechnung und jede Adresse mit der Hand geschrieben hat, daß man sich einer handbetriebenen Presse bediente, um Kopien anzufertigen, daß man Kontobücher führte, von denen einzelne nur durch die vereinte Kraft zweier Menschen von einem Platz auf den anderen gelegt werden konnten. Büros — das war einmal ein Begriff, empfunden als ein Raum, in dem die Buddenbrooks leben oder Prentags „Soll und Haben“ sich abspielt.

Was man früher Buchhaltungen nannte, sind jetzt Maschinenjale, in denen Angestellte mit Ritteln kassiert, Debitante in der Hand, Maschinen in Gang halten. Die patriarchalischen Ueberreste, die manche Angestellten mit dem „Stechtragen“ und der gebügelten Hose ängstlich behüteten, sind mit einem Schlag beseitigt. Das Erwachen ist höchstlich, denn gerade in der Angestellten-schaft fehlte lange Zeit das Solidaritätsgefühl, das die Industriearbeiter-schaft sich schon zu Beginn der Frühsozialismus zu eigen gemacht hat! Über die Mechanik der Präzisionsapparate kann niemand täuschen. Da macht ein automatischer Adressenschreiber mit 13 000 Adressen stündlich die letzte Hoffnung des Heimarbeiters zumächte.

Dort in die Diktiermaschine, der jetzt jede Unzuläng-lichkeit genommen ist, spricht der Chef seinen Brieftext „auf Draht“. Die Sekretärin legt den Kopfhörer um oder schaltet den Lautsprecher ein und läßt sich das Diktat vorsprechen. Sie reguliert das Redetempo ihres Chefs und läßt ihn das soeben gesprochene Wort wiederholen. Er kann inzwischen eine Konferenz besuchen. Die Technik ist fehlerlos. Papierrollen auf der Schreib-maschinenwalze ersparen Ein- und Ausspannen. Die Steno-typistin sieht am laufenden Band. Die photoelektrischen Re-produktionsapparate, übrigens die einzigen Apparate auf der Ausstellung, die kaum geeignet sind, Arbeitskräfte freizusetzen, sind außerordentlich vervollkommen. Die neueste Erfindung, die Banknotenzählmaschine, die erstmalig vorgeführt und demnächst probeweise bei der Reichsbank aufgestellt wird, macht die routiniertere Geldzähler überflüssig. Jeder Angestellte kann den Apparat ohne Vorkenntnisse bedienen. Die Geldscheine werden in die Maschine gelegt, über ein Gummiband geführt, voneinander gelöst und automatisch gezählt. Geldstücke werden in einen Apparat geworfen und in Rollen verpackt abgezählt ausgegeben. Das raffinierteste ausgeklügelte Kontrollsystem beaufsichtigt den Arbeits-effekt der Angestellten.

Nur ein Gesichtspunkt gilt bei der Rationalisierung: Wie kann die Arbeitskraft gesteigert und ausgebeutet werden?

Es ist kein Wunder, wenn bei dem Rundgang durch die Iba in manchem Angestellten jenes Gefühl aufkommt, das auch die Maschinenkürmer im Anfang des 19. Jahrhunderts beherrschte und das den technischen Fortschritt als den Feind betrachtet. Der auf-geklärte Arbeiter und Angestellte weiß, daß er dazu berufen ist, in einer sinnvollen Ordnung die Leistung der Technik zum Wohl und nicht zum Schaden der Menschheit anzuwenden. Dieses Wissen gibt ihm die Kraft, auch in einer der sinnlosen Perioden der kapitalistischen Wirtschaft nicht den Kopf zu verlieren.

Handelsminister auf falschem Pferd

Herr Schreiber und die Hausbesitzer. — Der Schwindel der Hypothekenbanken.

In den Kampf um die Hauszinssteuer haben in jüngster Zeit zwei Stellen von sehr verschiedenen Standpunkten aus eingegriffen. Der Deutsche Städtebund hat sich energisch gegen die Pläne der Hausbesitzer ausgesprochen und erklärt, daß kein Anlaß vorliege, dem Drängen des Hausbesitzes nachzugeben. Diese Erklärung ist um so wichtiger, als sie von einer Stelle stammt, die über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Hausbesitzes sehr genau unterrichtet ist. Besonders interessant ist die Stellungnahme des Städtebundes, aus demselben weiß der Städtebund erst kürzlich in seinem Sanierungsprogramm großen Wert auf eine weitere Preisentwertung gelegt hatte. Wenn sich nun der Städtebund gegen einen Abbau der Hauszinssteuer und damit gegen eine Senkung der Mieten ausspricht, so bedeutet das, daß er gleich uns der Ansicht ist, daß auf diesem Wege nur eine Scheinentwertung der Lebenshaltungskosten erreicht werden könnte, die durch die Erhöhung von Verbrauchssteuern wieder wettgemacht werden würde.

In freiem Gegensatz zu dieser vernünftigen Stellungnahme stehen Äußerungen, die der preußische Handelsminister Schreiber auf einer Kundgebung der Staatspartei in Frankfurt gemacht hat.

Der preußische Handelsminister Schreiber machte sich unbefehden die Argumente der Interessentengruppen zu eigen.

Daß der Abbau der Hauszinssteuer eine wirtschaftslebende Wirkung ausüben würde. Woher Schreiber diese Wirkung erwartet, wäre an sich rätselhaft, wenn er nicht an einer anderen Stelle die Sache aus dem Saß gelassen hätte. Er bekannte sich nämlich zu der Auffassung, daß entsprechend den gesunkenen Lebenshaltungskosten ein weiterer Lohnabbau notwendig sei.

Rum ist der Zusammenhang klar: die bisher eingetretene Senkung der Lebenshaltungskosten ermöglicht nach Schreibers Auffassung schon heute einen weiteren Lohnabbau. Werden durch den Abbau der Hauszinssteuer die Mieten gesenkt, so können die Löhne noch weiter abgebaut und auf diesem Wege die Wirtschaft „angelurbt“ werden.

Daß der preußische Minister Schreiber mit seinem Eintreten für weiteren Lohnabbau einen Standpunkt vertritt, der wesentlich reaktionärer ist als der gegenwärtige Standpunkt der Reichsregierung, wie er durch den Mund Stegerwalds auf dem Frankfurter Gewerkschaftstongreß verkündigt wurde, sei nur nebenbei als besondere politische Note angemerkt. Sachlich ist die Forderung Schreibers auf weiteren Lohnabbau schon bis zum Ueberdruß als wirtschaftlicher Widerspruch widerlegt worden, insbesondere da seine Annahme, daß der Lohnabbau bisher hinter der Senkung der Lebenshaltungskosten zurückgeblieben sei, den Tatsachen widerspricht. Möge Herr Schreiber darüber das letzte Heft des Konjunkturinjektivs nachlesen: die Preisentwertung war halb so groß wie die Lohnentwertung!

Politisch scheint uns nur ein anderer Zusammenhang wichtig zu sein: nämlich die

unfreiwillige Aufdeckung der wahren Triebkräfte durch Herrn Schreiber.

Die hinter der Forderung auf Abbau der Hauszinssteuer stehen. Die Hausbesitzer, die den Abbau der Hauszinssteuer betreiben, sind zwar eine mächtige, aber doch nur eine einzelne Interessentengruppe. Hinter ihnen stehen jedoch die Schmarhener im Unternehmertum, die in einem mit Mietenentwertung verbundenen Abbau der Hauszinssteuer die willkommenen Gelegenheit entdecken, unter Berufung auf die Senkung der Lebenshaltungskosten einen weiteren tiefschneidenden Lohnschnitt zu verlangen.

Nun könnte man sich vielleicht auf den Standpunkt stellen, daß ein Lohnabbau erträglich wäre, soweit ihm eine wirkliche Senkung

der Lebenshaltungskosten durch Mietenentwertung voranginge. Aber gerade hier liegt der Trugschluß. Der Abbau der Hauszinssteuer würde zweifellos über die Mietenentwertung hinausgehen, weil ja auch die Hausbesitzer von ihr profitieren sollen. Für den Ausfall an Hauszinssteuern muß Ersatz geschaffen werden, und man wird ihn höchstwahrscheinlich in einer Erhöhung der Umsatzsteuer finden, vielleicht sogar bloß in der besonders konsumfeindlichen Erhöhung der Steuer auf den letzten Umsatz im Kleinhandel.

Nachdem auf Grund der Mietenentwertung die Löhne abgebaut werden, würde also auf die Massen eine neue Verbrauchsbelastung gewälzt werden, die ihren Reallohn schmälern würde.

Und alle Gruppen der arbeitenden Bevölkerung, die heute von der Hauszinssteuer gar nicht oder nur geringfügig befallen werden, deren Wohnungsausgaben also nicht sinken würden, würden durch den Lohnabbau und die neue Massenbelastung doppelt und dreifach getroffen werden.

Das also ist der Sinn der Mietenentwertung, mit der man die arbeitende Bevölkerung den Plänen der Hausbesitzer und ihrer Hintermänner gefügig machen will.

Die letzten Tage haben übrigens die Enttarnung der Demagogie, mit der der Abbau der Hauszinssteuer betrieben wird, auch noch von einer anderen Seite gebracht. Um die Öffentlichkeit für den Abbau der Hauszinssteuer sturmreif zu machen, wurde sie von den Hausbesitzern und auch von den Hypothekenbanken dauernd mit

Schreckensnachrichten über die Kollage des Hausbesitzes bearbeitet. Es wurde der Eindruck erweckt, als stünde der Hypotheken- und Pfandbriefmarkt unmittelbar vor dem Zusammenbruch.

Vor allem wurde der Öffentlichkeit mit der „drohenden“ Wiedereröffnung der Börse bange gemacht und die Lage so dargestellt, als mühte sich die angebliche Kollage des Hausbesitzes in einem schweren Druck auf die Pfandbriefkurse auszuwirken.

Die Börse wurde eröffnet, und was stellte sich heraus? Die Kurse der Pfandbriefe haben sich am allerbesten gehalten. In den letzten Tagen ist eine sprunghafte Erhöhung der Pfandbriefkurse eingetreten, und die jetzt noch übrig bleibende Differenz der Pfandbriefkurse gegenüber der Zeit vor der Börsenöffnung erklärt sich zwanglos aus der Verschärfung der allgemeinen Kreditlage, die natürlich auf die Kurse aller Wertpapiere einen starken Druck ausüben muß.

Das Geheerl von der Kollage des Hausbesitzes und vom drohenden Zusammenbruch des Hypotheken- und Pfandbriefmarktes ist also nichts als ein groß angelegter Schwindel.

Selbst wenn sich aber der Hypothekendienst der Hausbesitzer wirklich verschlechtert hätte, so wäre dies noch immer kein ausreichender Grund für ein Eingreifen des Staates zugunsten des Hausbesitzes und der Hypothekenbanken. Die Hypothekenbanken haben in den letzten Jahren eine so glänzende Sonderkonjunktur erlebt und so gut verdient, daß sie kein Recht darauf haben, das unermüdete Beispiel der anderen kapitalistischen Unternehmungen nachzuahmen und das Risiko möglicher Verluste auf den Staat zu wälzen, nachdem sie das „Risiko“ der Sondergewinne entlagungslos allein getragen haben!

Es bleibt also dabei: der Abbau der Hauszinssteuer ist nicht eine Notwendigkeit, um den angeblich gefährdeten Hausbesitz zu retten, sondern ein überflüssiges und unberechtigtes Geschenk an die Hausbesitzer, eine willkommene Gelegenheit zu weiterem Lohnabbau und eine neue Belastung der arbeitenden Bevölkerung.

Geld hin. Bauhandwerker zahlten mäßig Vermittlungsgebühren, nachdem man ihnen verlockende Aufträge in Aussicht gestellt hatte. Schlußart der Tragikomödie: Fobbe erhielt 7, Schüll 8 Monate Gefängnis wegen versuchten und fortgesetzten Betrugs.

In Karlsruhe ist die Schaffergilde in Konkurs gegangen, von der noch dahinsteht, ob hier Betrüger oder nur Schalfatane am Werk waren. Die Schaffergilde warb Bausparer für ein Projekt von 800 Eigenhäusern an. 500 bis 1500 Mark sollten für den Erwerb eines Hauses genügen; 38 bis 57 Mark sollten die monatlichen Lasten betragen. Nach dem Zusammenbruch trauern einige hundert Bausparer ihren Ersparnissen nach.

In der jetzigen Zeit, in der viele Später sich leicht verführt fühlen, mit ihren Spargroschen törichterweise in Eigenheime und Grundstücke zu flüchten, ist die Warnung: „Achtung vor Bausparerschwindlern!“ mehr denn je angebracht.

Hamburger Elektrizitätswerke krisenfest. Bei erhöhter Stromerzeugung wieder 10 Proz. Dividende.

Ueberraschend gut hat sich die in gemischtwirtschaftlichem Betrieb stehende Hamburgerische Elektrizitätswerke A.-G. im abgelaufenen Geschäftsjahr 1930/31 gehalten.

Nach der Fertigstellung der Anlagen des Kraftwerks Neuhof konnte die Stromerzeugung gegenüber dem Vorjahr sogar noch von 468 auf 485 Millionen Kilowattstunden gesteigert werden. Sie erreichte damit mehr als das Achtfache der im letzten Friedensjahr erreichten Jahresleistung. Die zunehmende Verschärfung der Wirtschaftslage im ersten Halbjahr 1931 ging auch an der Gesellschaft nicht spurlos vorüber, so daß die Stromabgabe des Vorjahres nicht ganz erreicht werden konnte. Der nur einprozentige Rückgang muß aber im Hinblick auf die Allgemeinlage als sehr günstig bezeichnet werden. Einen gewissen Ausgleich für den verminderten industriellen Strombedarf brachte die Zunahme der Lichtstromabnehmer in Neubauvierteln. — Der Aufsichtsrat beschloß auf seiner gestrigen Sitzung für 1930/31 die gleiche Dividende von 10 Proz. wie im vorhergehenden Jahr vorzuschlagen.

Stöhr gegen Nordwolle.

Polemik gegen öffentliche Hilfeleistung.

Die Halbjahresbilanz, die der Vorstand des Kammgarnspinnereikonzerms Stöhr in Leipzig dem Aufsichtsrat jetzt vorgelegt hat, zeigt, daß das Unternehmen die Krise bisher verhältnismäßig gut überstanden hat. Außer den notwendigen Abschreibungen konnte in dem abgelaufenen Halbjahr noch ein kleiner Ueberschuß erzielt werden. Die Beschäftigung der zur Zeit arbeitenden Belegschaft ist bei dem vorhandenen Auftragsbestand für mehrere Monate gesichert.

Im weiteren Verlauf gestaltete sich die Aufsichtsratsitzung zu einer scharfen Demonstration gegen die Vorgänge beim Nordwolle-Konzern. Der Aufsichtsrat erklärte, daß

die einst so blühende deutsche Kammgarnindustrie durch das Geschäftsgebaren und insbesondere durch die unverantwortliche Schleuderpolitik des Nordwolle-Konzerns im In- und Auslandsgeschäft seit Jahren schwer geschädigt

morden sei. Es wäre deshalb unverständlich, wenn Betriebe der Nordwolle mit Reichs-, Staats- oder kommunaler Hilfe weitergeführt würden, während andere wirtschaftlich geleitete Kammgarnbetriebe einschränken oder gar stilllegen müßten.

Die scharfe Kritik, die der Aufsichtsrat von Stöhr an der Schleuderpolitik des Nordwolle-Konzerns übt, ist nicht ganz unberechtigt. Von ihrem Konkurrenzstandpunkt aus überblickt die Stöhr-Verwaltung aber, daß es auch im Nordwolle-Konzern hervorragende und wirtschaftlich arbeitende Betriebe gegeben hat, die nur durch die Ueberwirtschaft der Lohsenleute mit in den Strudel hineingerissen wurden. Eine Erhaltung und Reorganisation dieser an sich lebensfähigen Betriebe liegt durchaus im allgemein-wirtschaftlichen Interesse, auch wenn es der Konkurrenz nicht paßt.

Die Umstellung bei Borfig.

Keine Änderungen im Tegeleer Wert.

Daß es dem Borfig-Konzern nicht gut geht, ist schon seit langem kein Geheimnis mehr. Wenn nicht der Druck der Verhältnisse so hart gewesen wäre, hätten sich die Konzernbeherrscher, die beiden Brüder Konrad und Ernst von Borfig, nicht schon zu Anfang dieses Jahres dazu bereit gefunden, den ältesten und wichtigsten Stammbetrieb des Familienunternehmens, den Lokomotivbau, an die AEG. abzutreten.

Inzwischen hat sich die Situation bei Borfig noch verschärft, und die Familie Borfig wird um einen Umbau des Konzernunternehmens nicht herumkommen. Dieser Umstand wird, wie eine jetzt vorkliegende Verwaltungserklärung belegt, sich jedoch nur auf die obersteisen Eisen- und Stahlbetriebe erstrecken. Nach der vorliegenden Erklärung befinden sich die Anteile der A. Borfig G. m. b. H. Berlin-Tegele und die Aktien der Borfigwert A.-G. in Oberschlesien zu 100 Proz. im Familienbesitz. Das Tegeleer Wert ist im Maschinenbau in Anbetracht der gegenwärtigen Krise gut beschäftigt, und auch der Kesselbau hat noch betrübende Aufträge vorliegen. Die Belegschaft betrug zur Zeit 700 Angestellte und 3000 Arbeiter.

Zu der Konzentration in der obersteisen Stahl- und Eisenindustrie, die kürzlich schon zu dem Verkauf der dem preußischen Staat gehörigen Werke Bleiwitz und Malapano an die Oberschlesischen Hüttenwerke geführt hat, bemerkt die Borfig-Verwaltung nur, daß zur Zeit Verhandlungen über eine Angliederung ihrer Stahlbetriebe an Oberhütten schweben. Wie wir hören, hat Borfig für den Verkauf dieser Werke reichlich hohe Forderungen gestellt und kann es sich auch leisten, diese Verhandlungen in die Länge zu ziehen, da er erst kürzlich eine Millionenubvention vom Reich erhalten hat.

Französisches Kapital in Rumänien.

Neue Absichten des Rüstungskonzerns Schneider-Creusot.

Der französische Rüstungskonzern Schneider-Creusot, der in der Tschechoslowakei den Stoba-Konzern kontrolliert und im übrigen in Osteuropa direkt und indirekt machtvolle industrielle Einflußgebiete besitzt, hat nach französischen Meldungen, in den letzten Tagen die Absicht geäußert, den rumänischen Konzern Reschijaer Eisenwerke und Domänen A.-G. unter seine Kontrolle zu bringen. Der Reschija-Konzern verzeichnet gegenwärtig 878 Millionen Lei, d. h. rund 2 Millionen Mark ausstehende Gelder; hiervon kommen 670 Millionen Lei oder fast 17 Millionen Mark auf den Staat, offenbar für Rüstungslieferungen, die augenblicklich nicht bezahlt werden können. Infolgedessen hat man in der Regierung, um dennoch dem Reschija-Konzern die erforderlichen Mittel zu beschaffen, daran gedacht, einer kapitalkräftigen ausländischen Gruppe die Uebernahme eines umfangreichen Aktienpakets der Reschija zu ermöglichen. Nach gut informierten Kreisen kommt für eine solche Transaktion nur die französische Gesellschaft Schneider-Creusot in Frage.

Der Reschija-Konzern ist die größte Aktien-gesellschaft Rumäniens. Bei einem Aktienkapital von 750 Millionen Lei, d. h. weniger als 20 Millionen Mark, repräsentiert er insgesamt einen Wert von schätzungsweise 90 Millionen Mark. Er verfügt über umfangreichen Domänenbesitz, ferner über Steinkohlenwerke, Hüttenbetriebe, Maschinenbauwerkstätten, elektrotechnische Anlagen, Elektrizitätswerke und Rüstungswerkstätten. Im Aktienkapital ist seit langen Jahren der englische Bickers-Konzern beteiligt, der auch im Verwaltungsrat der Gesellschaft vertreten ist. Seit 1929 steht die Gesellschaft in engeren Geschäftsbeziehungen zu der österreichischen Kreditanstalt, deren Finanzkrise offenbar die Geldlage auch des Reschija-Konzerns beeinträchtigt hat.

Schlechter Kallabtsch im August. Die Abladungen der zum Deutschen Kallabndikat gehörenden Kallwerte im August 1931 betragen nur 642 056 gegen 987 000 Doppelzentner Reintall im gleichen Monat des Vorjahres. Die Abladungen in den ersten vier Monaten — Mai bis August — des laufenden Dingsjahres betragen 2,3 gegen 3,65 Millionen Doppelzentner im Vorjahr.

Zimmer wieder Bausparerschwindel.

Däufung der Zusammenbrüche.

Die Ketten der Zusammenbrüche schwindelhafter Bausparunternehmungen reißt nicht ab. Immer wieder werden kleine Sparer, die den unverantwortlichen Versprechungen privater Bausparfassen Glauben schenken und ihnen ihre sauer erworbenen Spargroschen in der Hoffnung auf billige Hypotheken für ein Eigenheim anvertrauen, in der gewissenlosesten Weise betrogen.

In Frankfurt a. M. ist jetzt der Konkurs der „Bau- und Finanzierungsgemeinschaft G. m. b. H.“ Gegenstand eines von der Staatsanwaltschaft beantragten Untersuchungsverfahrens. Diese Schwindelgesellschaft, die sich als gemeinnütziges Institut ausgab, versprach denen, die nicht alle werden, jeden gewünschten Kredit zu beliebigem Zeitpunkt und zwar zinslos. Viele Sparer zahlten hohe Beträge bei der Kasse ein, deren Leiter kein einziges Bausparheft zur Auszahlung brachten, sondern alle eingehenden Spargelder und Kredite, die sie auf in Zahlung genommene Hypothekenbriefe erhielten, für ihren persönlichen Bedarf verpraßten. Als die Bausparer ungeduldig wurden und den Staatsanwalt mobil machten, waren die Herren Direktoren und Aufsichtsräte aus Frankfurt verschwunden.

In Düsseldorf gründeten zwei Schwindler, der Architekt Albert und sein Kompagnon Dewel, den Sparta-Haus-Vertrieb, der Anfang dieses Jahres in eine Bausparkasse umgewandelt wurde. Auch sie versprechen ihren lieben Mitmenschen Eigenheime — ferienmäßig hergestellte „Sparta-Häuser“ — gegen eine Anzahlung von 500 Mark. Kleinen Handwerkern wurden mit Auftragsversprechungen größere Kredite abgetugelt. Als die Staatsanwaltschaft eingriff, beging der Treuhänder für die Gelder der Eigenheimbewerber, der Rotar Glasmacher, der an der Mißwirtschaft beteiligt war, Selbstmord. Die Herren Direktoren wurden verhaftet. Untersuchungen von 48 000 Mark haben sie bereits eingestanden.

In Gerresheim bei Düsseldorf traten die „Bauunternehmer“ Fobbe und Schüll (Schüll ist bereits achtmal verurteilt) mit einem Plan auf, 180 billige Eigenheime zu bauen. Postleuten, Eisenbahnbeamte und andere gaben gutgläubig ihr

Für die Gesundheit: **STAATL. FACHINGEN**



O. F. Heinrich: Am Tore des Orients

Fahrt durch die Bukta. Endlose Strecken und immer nur wieder, wohin man schaut, rechts oder links, Maisfelder; die dicken Stauden, von der Sonne ausgegossen, leuchten wie Fackeln, deren Feuer erloschen ist. Hin und wieder ein Streifen Tomaten oder Wein. Dann trostlose Steppe und wieder Mais... Mais.

So geht es von Lötäschaga tiefer hinein, den Karpathen zu. Seltener ein Dorf, nur verstreute Gehöfte mit ihren charakteristischen Ziehbrunnen, in der Ferne Viehherden zu dichtem Knäuel zusammengelassen. Heiße Sonne lacht die Luft über den weiten Flächen. Rauch steigt auf... Flammen — ein Maisfeld brennt. Hastig bauen braune Burschen eine Gasse hinter das Feld. Der Zug rast darüber. Dann wird es Abend. Jäh schiebt der Tag, und ein Gürtel weißer Hügel schießt uns ein; während sie zu Bergen anwachsen, ist es völlig Nacht geworden. In langsamer Fahrt geht es durch das ehemalige Siebenbürgen.

Der erste Schauer des emporschauenden Tages umkränzt die Höhen bei Braschowa (Kronstadt). Schwer leuchtend rollt der dunkelste Zug durch den Predal-Paß. Grünes Band in tiefen Tälern und schroffe Höhen über dunklen, duffenden Wäldern erwachen im kühlen Lichte des jungen Spätsommermorgens. Auch in diesen friedlichen Tälern knattert die Gewehre, und über die alten Fichten zischt glühendes Eisen.

Rast in Floesti. Der Schnellzug nach Osten ist längst weg. Rumänische Fahrpläne sind Märchen; man kann sie immer nicht hören. Der Fahrplan des Zugführers differierte mit dem meines rumänischen Abteilgenossen um etwa eine Viertelstunde. So kam ich auf diese Weise zu dem Gemut, sechs Stunden im Bummelzuge zuzubringen; unsere deutschen Personenzüge sind Kofetenochsel dagegen.

Und gemütlich geht es zu: die Türen stehen offen; die Bauern sitzen während der Fahrt auf dem Trittbrett und lauen Weintrauben oder vertilgen riesige Melonenscheiben, deren Saft von den Mundwinkeln nach dem Kinn herunter eine Staubschmelze verursacht. Man springt auf und ab, ohne daß ein Beamter auch nur ein Wort verliert.

Der Fahrdienstleiter erscheint (schwarze Jacke, Kragen, Schlips, weiße Hosen, braune Halbschuhe und rote Mütze) und winkt ab. Der Zug fährt aber nicht. Irgendein Bauer holt sich von der Lokomotive warmes Wasser, deshalb.

Nun kriecht der Zug wieder ein Stück, wartet aber dann demütig auf einem Nebengleis auf den Ruf der Lokomotive, der hochmütig vorbeifährt und den kleinen Pünktchen eine Fahne von Dreck und Staub in die Flanke wirft.

Wieder ist es Abend geworden. Nur noch einige Kilometer bis zum Ziel. Am Horizont verschwimmt weiches Rot, überstreckt eine fast grauerlose Steppe, die den Abenddunst gierig aufsaugt. Schafherden, in Staubballen gehüllt, tauchen unweit der Bahnlinie auf. Bauern winken einem Soldaten zu, der auf dem Trittbrett hockt. Ihre weißen Zähne blitzen aus schwarzen Stoppelbärten... und wieder leuchtet das Meer der Steppe. Ich stehe am Fenster und

lausche: irgendwo müßte jetzt eine Schalmel ertönen, von dort drüben, wo Erde und Wolken die Nacht grünen, so ganz leise, aus der Ferne müßte es herüberwehen.

Galatz, terrassenförmig auf einer Bodenwelle erbaut, trägt fast orientalisches Gepräge. Die Häuser, außer den öffentlichen Gebäuden, flach, niedrig, niemals höher als ein Stockwerk; die Straßen eng, steil; ein Bazar stößt an den anderen. Händler mit Trauben, Melonen, Rüben, die sie in schalenartigen Körben an einer Stange über die Schultern gelegt tragen, rufen ihre Waren aus, stehen von Straße zu Straße. Auf dem Markte liegen Hunderte von Melonen an der Erde, und besonders die Jugend beißt mit Wollust in die frischen Scheiben. (Man zahlt etwa 40 bis 50 Pfennig für eine Riesemelone. Auch die Trauben sind billig; das Pfund kostet 15 bis 20 Pfennig.)

Hier auf dem Markte treffen sie sich: die dunkeläugigen Orientalen, russische Arbeiterinnen mit ihren Stubsnasen und kindlich-blauen Augen, Matrosen von den Donaudampfern, Bauern in ihren weißen, rotgestickten Hemdkitteln. Türkisch, Rumänisch, Ungarisch, Armenisch, Französisch, Russisch — alles wirbelt in buntem Sprachgewirr durcheinander.

Im Hafenviertel dicken Staubwolken: der Kai ist nicht gepflastert. Dort, wo die Schiffe in der Sonne bösen, stehen junge Burschen und Kinder in langer Reihe; sie schauen auf die Wasserfläche hinaus, als ob sie etwas erwarteten. Vorgefunden standen sie so da, gestern, heute wieder.

Teniseits der Hafentrafosse auf staubiger Terrasse liegen die Hütten der Hafenarbeiter. „Hütten“... ist schon zuviel gesagt; bausüßige Holzschuppen; man kann sie — so sieht es von unten aus — wohl unpusten. Der Wind mag es bisweilen auch tun.

Zerklumpte Kinder sitzen vor den klapprigen Holzwänden, und ihre schwarzen Augen schauen fragend in die andere Welt, die zwei Schritte weit von ihrem armseligen Leben entfernt liegt, die immer an ihnen vorbeihastet, in die sie aber nie kommen werden.

Vor der Klosterpforte Notre Dame de Sions, am Rinnstein, hockt ein Kind, in der einen Hand ein Stück Brot, in der anderen einen großen Holzschüssel, auf den Knien eine Schüssel mit dünner Suppe. Ein paar Schritte weiter ein alter Mann. Dasselbe. Vor der Gartentüre langen magere Frauenhände nach den Schüsseln.

So kommen sie täglich und beugen sich schweigend über das Essen, wenn ein Hund nach ihren Schönen schnappt.

Der Alte: sein Bart ist grau, verworren, die Augen noch nicht trübe genug, um blind zu sein für das Leben der Reichen — es gibt nur Reiche und ganz Arme hier im Osten —, aber er hat noch einen Schimmer in seinem Blick, den ich in den Augen des Kindes neben ihm wiederfinde; was es ist, weiß ich nicht. Vielleicht: es war einmal ein alter Mann und sein Entelkind. Sie fanden eines Tages einen Zauberstab und konnten sich wünschen, was sie wollten.

Sonne umspielte das krause Haar des Greises, der im Rinnstein der Strada Domneasca saß. Wann wird er einmal nicht mehr kommen? Wer wird nach ihm fragen? Vielleicht ist er dann im Zauberland aus Tausendundeiner Nacht, denn in unserer Welt gibt es wohl keine Märchen mehr.

Spinale Kinderlähmung

Die spinale Kinderlähmung, eine der gefährlichsten und unheimlichsten Krankheiten des Kindesalters, ist eigentlich erst eine Geißel des 20. Jahrhunderts. Bisher waren auch wohl vereinzelte Fälle aufgetreten, aber in so langen Abständen, daß höchsten der Orthopäde etwas von diesen Erscheinungen wußte. Mit einem Male aber änderte sich der Charakter der Krankheit. Sie trat in großen, schreckenerregenden Epidemien und Endemien auf und zeigte sich als wahre Volksseuche in den Ländern der weichen Rasse, — in Schweden, Norwegen, Deutschland, Oesterreich, den Vereinigten Staaten und Kalifornien, wo eine epidemische Welle auf die andere folgte.

Die Wandlung der früher nur vereinzelt aufgetretenen Krankheit zur ansteckenden Seuche gab den Anlaß zu ihrer näheren Erforschung und führte zu dem Ergebnis, daß es sich bei den Kinderlähmungen um eine durch gesunde Zwischenträger übertragene Infektionskrankheit handelt, die an den Verkehrswegen entlang sich ausbreitet und in den betreffenden Orten in Gestalt von Herden auftritt. Oft beschränkt sie sich auf ein einzelnes Haus oder einen Komplex benachbarter Häuser, wobei das platte Land im allgemeinen stärker betroffen wird als die Städte.

Die Natur des Erregers ist bis heute noch nicht völlig geklärt. Sicher ist nur, daß er im Gehirn und Rückenmark der Erkrankten enthalten ist. Der unheimliche Charakter der Erkrankung tut sich nicht nur darin kund, daß sie mit Vorliebe junge Kinder, ja, oftmals Säuglinge befallt, sondern vornehmlich darin, daß die Krankheit sich ganz plötzlich, mitten im völligen Wohlbefinden, meldet und die Kinder aus fröhlichstem Spiel herausreißt. Wie ein bellendes altes Leiden beginnt sie mit Fieber, Unruhe und Erbrechen, an das sich bald allgemeine Benommenheit und Schläffucht schließen. Das Kind liegt immer mit geschlossenen Augen, gerötetem Gesicht, teilnahmslos da. Bildet es auf, so stiert es gerade vor sich hin; Zuckungen überlaufen das Gesicht; allgemeine Krämpfe stellen sich ein und mitunter heftige Schmerzen in Armen und Beinen. Das Fieber ist nicht ganz hoch, etwa 39,5 Grad, und hält oft nur einen oder zwei Tage an. Erst nachdem es abgeklungen ist, merken die Eltern zu ihrem Schrecken, daß das Kind gelähmt ist. Und wenn auch die totale Lähmung allmählich zurückgeht, so bleiben in fast allen Fällen auf einzelnen Muskelgruppen beschränkte Lähmungserscheinungen zurück. Viele Fälle verlaufen auch tödlich.

Eine ganze Reihe verschiedener Behandlungswege sind seit einigen Jahren angehts der letzten großen Epidemien beschränkt worden, — mit wechselndem, niemals aber gesichertem Erfolge. Während der Leipziger Epidemie 1927 wurde vielfach Rekonaaleszenzserum angewandt, wobei nach Möglichkeit Blut von drei verschiedenen Genesenden verwandt wurde. Die Resultate gestalteten sich ziemlich günstig, sobald die Krankheit rechtzeitig erkannt wurde und die Behandlung gleich in den ersten Tagen einsetzte.

Zeit am Pariser Pasteurinstitut ging andere Wege: Stücke vom Rückenmark infizierter und geädelter Affen wurden in Glycerin aufbewahrt, dann gewaschen, in einen Brei überführt und einem Pferd eingespritzt. Diesem Pferde wurden dann alle drei bis vier Monate einige Liter Blut entnommen. Das Serum wird von den Behring-Werken in Marburg vorrätig gehalten, kann also schon bei den zuerst Betroffenen einer Epidemie Anwendung finden, wenn noch kein Rekonaaleszenzserum vorhanden ist.

Die Serumimpfungen haben natürlich nur Zweck im ersten fieberhaften Stadium der Erkrankung. Daran schließt sich im allgemeinen eine mit Diathermie kombinierte Röntgenbehandlung; das wichtigste aber bleibt die Nachbehandlung des

späteren chronischen Lähmungszustandes: vorsichtige Massage und eine vorsichtige elektrische und orthopädische Liegebungsbehandlung, eine ärztlich geleitete aktive und passive Bewegungsbehandlung.

Gegen das Auftreten der Seuche können wir uns nicht schützen, — einer Sturzweile gleich überflutet eine epidemische Welle spinale Kinderlähmung einen Häuserblock, einen Landstrich, ein ganzes Volk. Wir können nur einiges dazu tun, das Umsichgreifen der Seuche einzudämmen. Im Säuglingszimmer eines Kinderheims erkrankten einmal während einer Epidemie sämtliche dort untergebrachten Säuglinge, — wie man später feststellte, infolge Verabreichung der Milch einer kranken Kuh. Der Gesundheitszustand des Darms ist also in Gegenwart und zu Zeiten, in denen Kinderlähmung austritt, besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Ebenso müssen aus Kinderheimen und Internaten beim Auftreten der Krankheit sofort alle noch nicht angestrichelten Kinder entfernt, die injizierten dagegen in strenger Quarantäne gehalten werden. Erst ein noch sicherer wirkendes Serum oder wird uns der launenhaften Krankheit gegenüber wirksamen Schutz verleihen!

Safcha Kofenthal: Tröstlicher Ausweg

„Wo ist mein Vati?“ fragt der Dreijährige die Mutter. Die anderen Kinder haben einen Vater. Also muß er doch wohl auch einen haben. Und er will ihn haben. „Der Vater ist verreist“, sagt die Mutter. „Eines Tages wird er kommen.“ Aber der Kleine soll nicht wissen, daß der Vater im Gefängnis ist.

Wann ist „eines Tages“? Ist es morgen? Ist es übermorgen? Das Kind schläft ein und wacht auf. Den nächsten Tag, den übernächsten — und es muß erfahren: „eines Tages“ ist nicht morgen und nicht übermorgen. Es ist noch lange, lange nicht. Es ist, als ob es nie sein würde. Viele, viele Tage sind nun schon um, und noch immer will der Vati nicht kommen. Ja! „Eines Tages“ liegt weit, weit weg und verliert sich in unabsehbare Fernen.

Als das Kind zur Welt kam, war der Vater bereits im Gefängnis. Nun ist der Kleine dreieinhalb Jahre alt, und endlich erhält der Vater Urlaub heimzukehren zu Weib und Kind für kurze Zeit. O der Jubel, der Jubel! Endlich ist er da, der so sehnsüchtig erwartete Vati! Sein Vati! Eine Familie erlebt glücklichste Tage. Die Frau hat dem Mann verziehen, und sie hat ihn wieder, und er hat sie wieder und hat ein glückliches Kind, und sie haben einander alle drei.

Dieser große Vati, was der nicht alles kann. Er kann mit einem lachen und spielen und einen hochschwingen und alle Fragen beantworten und das koputte Spielzeug wieder ganz machen. Und er hat gemacht, daß die Mutti froh ist. An ihm emporklettern kann man und auf seiner Schulter sitzend fast die Dede mit den Armen erreichen. Und dann ist die Mutti so klein und die Stube und alle Dinge so interessant und so komisch von oben gesehen. Auch auf Vaters Knien zu sitzen und sich schaukeln zu lassen zum „hopp hopp Pferdchen“ ist eine gar keine Sache. Das Kind kann sich kaum finden vor Glück. Und immer wieder muß es aussprechen: „Ach, und „eines Tages“ ist endlich gekommen und der Vati auch.“

Vater und Mutter hören das Kind ihr Glück unterstreichen und lächeln. Aber es ist ein Vöckeln der Behmut. Nur sie wissen, daß diese Begegnung den Abchied in sich birgt. Und eines Tages wieder spricht der Vater vom Fortfahren. Der Kleine ist nicht traurig. So fährt er eben mit dem Vati. Was anderes kann er sich gar nicht denken. Wie könnte es auch möglich sein, daß er

plötzlich wieder ohne den Vater bleiben sollte, nun er ihn einmal hat.

Unmöglich diesen Kampf zu führen gegen die Zuversicht eines kleinen Kindes. Es vielleicht gewaltsam zurückdrängen, ihm Tränen und seelische Erschütterungen zufügen. Unerwartet wie er gekommen, verschwindet der Vater von der Bildfläche. Das Kind sucht ihn und findet ihn nicht. Auf einmal ist der Vati weg, auf einmal hat es keinen Vati mehr. Es kann es nicht fassen, nicht begreifen.

„Weshalb ist der Vati auf einmal fort? Wo ist er hin? Wann kommt er wieder?“

Der Kleine ist ruhelos tagsüber, schläft unruhig in der Nacht, will kaum essen. Und immer wo, warum und weshalb? Die Mutter ist trostlos. Was beginnen? Das Kind wird noch krank vor Aufregung. Da hilft keine Ablenkung, sie berichtet dem Vater: er bangt noch dir Tag und Nacht. Der Mann ist außer sich. Wie soll er seinem Kinde den Vater wiedergeben. Nun hat er die Unruhe. Tag und Nacht. Endlich findet er den Ausweg. Er schreibt schlichte, leicht verständliche, liebevolle Worte an seinen kleinen Sohn. Gebraucht Rosenamen, mit denen er ihn benannt hat. Und er solle ganz ruhig sein, eines Tages würde der Vati wieder da sein. Wie damals.

„Da ist ein Brief für dich! Den schickt dir der Vati!“ Und sie liest dem Kleinen vor. Das Kind strahlt.

„Vom Vati! Noch mal lesen und noch mal. Vom Vati!“

Fest preßt er die Karte an sich — ein Stück vom Vati. Wenn Mutti es liest, spricht es auch wie der Vati, und man muß dann lachen. Wie wenn Vater einen hochschwang. Er trägt tagsüber die Karte mit sich, nimmt sie abends ins Bett. Und ist ruhig. Und dann kommt ein kleiner Teddybär vom Vater. Und nun hat Vatis Anwesenheit fast menschliche Form und Gestalt angenommen. Er preßt den Teddy in seine Arme, umfaßt in ihm den Vater. Mit dem Kuss, den er auf Teddys wolliges Gesicht drückt, küßt er liebend den Vater. Er identifiziert das Spielzeugwesen mit ihm, und so ist der Vater gegenwärtig, ist neben ihm. Teilt mit ihm seinen Tag, sein Spiel, seinen Schlaf.

In längeren und kürzeren Abständen kommen nun Karten vom Vater, und dazwischen mal wieder ein Spielzeug. Und jedes Stück birgt den Vater in sich. Umgeben von lauter Vaterdingen kann das Kind nun ruhig spielen, essen und schlafen. Bis es eines Tages seine Liebesfälle zurückziehen lassen kann von den Dingen zum lebhaft gegenwärtigen, wirklichen Mensch-Vater.

Krieg und Cholera vor 100 Jahren

Krieg und Krankheit sind unzertrennliche Bettgenossen, Krankheit im Sinne von Massensterblichkeit durch Entbehrungen und Epidemien. Vor hundert Jahren war es der russisch-polnische Kriegshauptkampf, der sich zu einem Epidemiezentrum gestaltete, von dem aus jene mörderische „cholera asiatica“ zum erstenmal ihren Weg durch Mittel- und Westeuropa nahm. Sie löste damit die Pest und andere früher gekannte Epidemieformen ab, die übrigens in den vergangenen Jahrhunderten auch meist im Gefolge von Kriegszügen erschienen waren. Auf europäischem Boden war die Cholera zuerst in Astrachan festgestellt worden. Von hier aus ergriff sie weitere Wolgaorte und Städte Rußlands, wütete jedoch in Innerrußland in geringerem Maße als auf dem polnischen Kriegsboden, wo auch die russischen Oberkommandierenden, die Feldmarschälle Diebitsch, Sabastanski und Großfürst Konstantin von ihr weggerafft wurden.

So kam es, daß das Volk die Krankheit als „Feldmarschallseuche“ bezeichnete, besonders nachdem auch Feldmarschall Snesseu und sein Generalstabschef von Clausewitz, der berühmte Militärschriftsteller, ihr erliegen waren. Snesseu hatte im Jahre 1831 die an der Ostgrenze mobilisierten vier preussischen Korps zu kommandieren. Er fand zwar keinen Anlaß zum kriegerischen Eingreifen, aber die über den dichten Militärkonvoi lähn hinweggegrungene Cholera besiegte ihn in wenigen Stunden (24. August 1831.)

Sprungweise, wie ein Riesentiger, näherte sich nun das Ungeheuer der preussischen Hauptstadt. Es ist bekannt, daß die Cholera, die aus den fieberhaften Sumpfen des Ganges stammt, die Fluß- und Wasserläufe als Bazillenträger und Fortleiter benutzte. Nach dem Ende Juli und Anfang August Danzig und Königsberg von ihr ergriffen waren, wird sie am 19. August im Landsberger und Friedberger Kreise, am 22. August in Garz bei Stettin, am 24. August in Zerpenscheule am Finowkanal festgestellt.

Am 3. September 1831 meldete die „Preussische Staatszeitung“ mit einer Vertuschungsverpöpfung von vier Tagen, daß am 31. August „in hiesiger Residenz drei Personen unter choleraverdächtigen Umständen erkrankt und eingeleitet sind“. Von jenem Tage ab erscheint in den Zeitungen die tägliche Choleraerkrankung mit Angabe der Erkrankungen und Todesfälle. Ueber heroische Leistungen von Ärzten und Sanitätsmannschaften ist aus jenen Tagen berichtet worden, aber auch über viel Fälle von Angst und Furcht. Mehrere Damen der hiesigen Gesellschaft wurden wahnsinnig. Einer der ersten, die damals in Berlin Reißhaus nahmen, war Arthur Schopenhauer, während sein Lehrer und Antipode Hegel zu den letzten Todesopfern der Seuche zählten. Am 7. Dezember 1831 konnte die „Berliner Cholerazeitung“, ein die Aufführung mit dem Geschäft verbindendes Presseunternehmen, von ihren Lesern mit dem Wunsche Abschied nehmen, „daß für ewige Zeiten die Veranlassung zur Herausgabe einer ähnlichen Zeitung von unserm theueren Vaterlande fern gehalten werde“.

Insgesamt erkrankten damals in Berlin an der Seuche 2290 Personen, davon starben 1407. Besonders heimgeleitet wurden außer den genannten Städten Danzig und Königsberg noch Breslau (682 Tote), Hamburg (895), Magdeburg (449). In Preußen insgesamt sind damals bei rund 80 000 Erkrankungen an Cholera 40 000 Personen der Seuche erlegen.

Ueber die Elbe hinaus ist die Cholera des Jahres 1831 nicht wesentlich vorgedrungen. Auch Süddeutschland, abgesehen von Oesterreich und Wien, blieb verschont. Dagegen gelangte die Krankheit auf dem Seewege von Hamburg nach England (Hafenort Sunderland). Im Februar 1832 brach sie in London aus. Dann überschritt sie den Kanal und wütete namentlich furchtbar an der Seine (15 000 Tote in Paris).

Auch für Deutschland ging der fromme Wunsch der „Berliner Cholerazeitung“ nicht in Erfüllung. Wiederholt wurde es späterhin von Choleraepidemien heimgeleitet, namentlich in den Jahren 1846 und 1848, sowie während des Krieges von 1866. Erst als nach Entdeckung des Choleraerregers durch Robert Koch (1883) die Herstellung immunisierender Impfstoffe gelang, wurde der Cholera endgültig der Weg verlegt.

H. D.

Großliche Lederbissen. Heuschrecken, in Honig gelockt, werden nach heute in Ägypten und anderen Gegenden Nordafrikas geessen. Manche Araberstämme sammeln die Heuschrecken, trocknen sie an der Sonne und zerstoßen sie dann in Mörtern, um sie mit Kamelmilch und süßen Datteln zu mischen. Sonst werden sie auch in Salzwasser gekocht wie bei uns die Krabben. In Brasilien und Mexiko ist man die roten Ameisen geröstet, bisweilen aber auch getrocknet und zerrieben als Gewürz.

Recht und Armut.

Vor dem Gesetz ist jeder Deutsche gleich. Dieser rechtliche Grundsatz setzt voraus, daß auch dem ärmsten Deutschen in einem Rechtsstreit die Wahrung seiner Rechte gewährleistet sein muß. In rund 60 000 Fällen mußte in den Verfahren vor den Berliner Gerichten im vergangenen Jahre den Rechtsuchenden ein Anwalt gestellt werden, dessen Kosten die Allgemeinheit tragen mußte. In den meisten Fällen handelte es sich bei dieser Bewilligung des Armenrechts an die Prozessparteien um Verfahren bei den Amts- und Landgerichten in erster Instanz. Nur annähernd 4000 Fälle wurden bis zur Berufungsinstanz und 6500 bis zum Kammergericht weitergeführt.

Bei den rund 2,3 Millionen Zivilprozessen bei den Berliner Amtsgerichten und den in die Hunderttausende laufenden Strafsachen vor den einzelnen Strafgerichten ist der Prozentsatz der Verfahren, die im Armenrecht geführt wurden, verhältnismäßig gering. Ihre Zahl ist aber im sprunghaften Steigen begriffen als ein Zeichen der Wirtschaftskrise, die eine starke Vermehrung der Rechtsstreitigkeiten zur Folge hat. Abgesehen von den Klagen im Mietrecht, den Kündigungs- und Räumungsklagen und den vielen Mahn- und Wechselprozessen, mehren sich auch die Fälle von rein familienrechtlichen Auseinandersetzungen. Die steigende Zahl der Ehescheidungsklagen ist in vielen Fällen ein Maßstab für die Wirkungen von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise auf den festen Bestand der Familien. Es ist bezeichnend, daß ein großer Teil gerade dieser Klagen im Armenrecht geführt werden und oft beide Parteien die Anerkennung ihrer Bedürftigkeit beantragen.

Die unterschlagenen Einschreibebriefe.

15 000 Mark des gestohlenen Geldes herbeigeschafft.

Die Unterschlagungen des Postbeamten Richard Hennig vom Postamt W. 48 in der Französischen Straße reichen nach den neuesten Feststellungen bis in das Jahr 1929 zurück. Die Zahl der Einschreibebriefe, die Hennig nachweislich geraubt hat, beläuft sich bisher auf vier, aus denen er 20 000 Mark erbeutete. Da aber in seiner Abteilung noch mehr Briefe verschwunden sind, ist mit einer Erhöhung dieser Summe mit Sicherheit zu rechnen. Für das Geld, das er mit nach Hause nahm, hatte Hennig allerlei Verstecke ausgesucht. Seine Wohnung wurde von den Kriminalbeamten von vorn bis hinten abgesehen. In den Polstern eines Sessels fand man Geld, anderes war wieder im Keller verborgen. Insgesamt konnten bisher 15 000 Mark herbeigeschafft und beschlagnahmt werden, so daß vorläufig der Schaden 5000 M. beträgt. Die weitere Untersuchung, die sich auch auf die frühere Zeit erstreckt, wird ergeben, wie hoch die Unterschlagungen seit 1929 gewesen sind.

Wohltätigkeitsfest der Feuerwehr.

Das nun schon traditionell gewordene Sommerfest der Berliner Feuerwehr im Lunapark zugunsten des Erholungsheims der Beamten stand diesmal unter einem recht günstigen Stern. Am Sonnabend wurde das Fest im wohlsten Sinne des Wortes zu Wasser. Der starke Regen hielt die erwarteten Massen fern. Verärgert lag der große Vergnügungspark da, kaum 200 Besucher hatten sich eingefunden. Bereits um 20 Uhr schloß der Lunapark seine Pforten. Von etwas mehr Glück begünstigt war die vorgesehene Wiederholung der Veranstaltung am Sonntag. Das Wetter war zwar recht unfreundlich, dennoch hatten einige tausend Freunde der Berliner Feuerwehr den Weg nach Halensee gefunden. Das reichhaltige Programm fand ein dankbares Publikum. Konzert und Kabarett wechselte mit ausgezeichneten turnerischen Vorführungen der gut geschulten Feuerwehrbeamten. Luftakrobaten produzierten sich hoch am Turmstiel und zum Schluß wurde ein grandioses Feuerwerk abgebrannt. Leider dürfte der Uberschuß der zweitägigen Veranstaltung nur gering sein. Der Festausschuß plant deshalb eine Wiederholung bei beständigerem Wetter. Der genaue Termin wird rechtzeitig bekanntgegeben. Nichtbenutzte Karten behalten ihre Gültigkeit.

Allgemeine Wetterlage.



Im Norden und Osten von Deutschland herrschte auch heute veränderliches Wetter. Es traten wiederholt Schauer auf, die aber nur im Nordwesten und Nordosten bedeutendere Niederschlagsmengen brachten. Der Westen und Süden waren trocken. Die Temperaturen stiegen hier auf 16 bis 17 Grad, während im Norden und Osten meist nur 5 Grad erreicht wurden. Die Beruhigung des Wetters, die durch einen Hochdruckausläufer über West- und Süddeutschland hervorgerufen wird, macht nur langsamen Fortschritt.

Wetterausblick für Berlin: Teils heiter, teils wolkig und tagsüber ein wenig wärmer; weiter abnehmende Niederschlagsneigung. — Für Deutschland: In West-, Süd- und Mitteldeutschland ruhig und vorwiegend trocken, im Norden und Nordosten veränderlich mit geringen Schauern.

Selbstmord eines Bankdirektors.

Beurteilungen bisher nicht festgestellt.

Stuttgart, 8. September.

Am Dienstag früh fand man in der Hohenlohe-Bank in Wehringen den Direktor Adolf Denner erschossen auf. Er hielt noch den Revolver, so daß kein Zweifel darüber bestehen kann, daß er selbst Hand an sich gelegt hat. Die Hohenlohe-Bank gibt öffentlich die Erklärung ab, daß ein Grund zu Beurteilungen nicht vorliegt, da der Einlagebestand nicht gefährdet sei. Ein Heilbrommer Treuhänder ist mit der Aufstellung des Status beauftragt.

600 000 Mark Lotteriegewinn.

Gleiwitz, 8. September.

In der Sonnabendziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie entfiel ein Hauptgewinn von 300 000 Mark auf das Los Nr. 285 245. Das Glücklos befindet sich in beiden Abteilungen im Besitz eines Gleiwitzer Kaufmanns, der das ganze Doppellos allein spielt. Er würde demnach Anspruch auf zusammen 600 000 Mark haben. Es dürfte bisher selten vorgekommen sein, daß ein so hoher Gewinn einem einzigen Losinhaber ungeteilt zufällt.

Sonntag auf Scharfenberg.

Diesmal hatte sich die Schülerebene Scharfenberg in ein sizilianisches Gewand gesteckt, um der Fröhlichkeit und dem Erfinderglück seiner Insassen die bunte Folie zu geben, damit auch die vielen Gäste, die zur Scharfenberger Kirmes kommen, etwas von dem wahren Geiste verspüren, der dieser Versuchsschule Berlins innewohnt. Da sind auf dem Landplatz zwischen Scheune, Kuhstall, dem Brauhaus und den Werkstätten ganze Budenstraßen entstanden. Unter flatternden Girlanden und Weinlaublenen wandert man dahin und Aufschriften mit italienischen Bezeichnungen laden zum Betreten des Café Laguna oder zum Würstchenstand, an dem echte, südländische „Nessiner“ feilgeboten werden. Am Stand mit dem Glücksrad kann man Bücher, Holzschmitten, einen lebenden Hahn oder Körbe mit Eiern, Tomaten usw., richtige Scharfenberger Erzeugnisse, gewinnen, oder man probiert sein Glück beim Regelspiel, am Schießstand und beim Laubentischen. Vor dem großen Scheunentor sieht eine sizilianische Bauerngesellschaft, die gar nicht merkt, wie ihr eifriges Schnabulieren von einer Räuberbande neidisch verfolgt wird. Und da die Räuber ebensoviel Hunger wie Feigheit besitzen,

probieren sie es mit Irt, die Oberer zu überrumpeln, wobei zwei Stegreifdichter elend verlegen, ein Räuberhauptmann in eine Wassertonne fällt und ein Loter zum Leben außerweckt wird. Das Spiel ist von den zwei jüngsten Jahrgängen der Schule gemeinsam gedichtet und einstudiert worden. Später wandert die Festgesellschaft auf die Spielwiese an der Südpforte der Insel, wo auf einer Freilichtbühne Schillers „Bräut von Messina“ von den älteren Schülergruppen aufgeführt wird. Sturmwolken drohen über dem See, als die Gäste die Insel verlassen.

In der Plaza besorgt jetzt der rheinische Komiker Jacoby die Bekanntgabe der Programmfolge an Stelle der niedlichen Nummerträgerin. Er macht das mit sehr viel Wit, und trodenen rheinischen Humor bringt er auch bei seinem programmgemäßen Auftreten. Auf Riesentugeln produzieren sich drei Damen, die Liviors, die dieser alten Balanckunst neue Seiten abzugewinnen wissen. Fritz Adell spielt virtuos Akkordeon, begleitet seine Kunststücke selbst und läßt sich auch von seiner hübschen Assistentin zur singenden Säge begleiten. Die Reverhos jonglieren mit frapierender Sicherheit auf dem Drahtseil. Mit der Magit hat es Hadji Sambalo, der die Zuschauer aus dem Staunen, aber auch aus dem Grinsen nicht herauskommen läßt. Der „originellste Einradfahrer“ Nilsson trägt seinen Titel mit vollem Recht.

Mit den baulichen Missetaten der städtischen Handelsschule Prenzlauer Berg, Gethemanestr. 4, befahte sich eine überfüllte Elternversammlung. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde sofortige Bereitstellung eines Schulgebäudes verlangt, das dem Beschulungswillen der Elternschaft und den hygienischen Anforderungen entspricht.

Stiftungsfest des Neutöllner Sängerkorps. Der Neutöllner Sängerkorps (Mitglied des DVB) feiert am Sonntag, dem 13. September, 17 Uhr, im Saalbau Friedrichshain sein zehnjähriges Bestehen unter Mitwirkung der Männerchöre „Berliner Viederfreunde“, „Fichte-Georgina“, sowie Friedrich Heger-Chor. Martha John bringt Rezitationen. Eintritt 50 Pfennig.

Neue Zahlstelle der Arbeiterbank in Neutölln. Die bisherige Zahlstelle der Arbeiterbank bei A. Riewand, Neutölln, Pfingsterstraße 74, ist wegen Geschäftsverlauf nach gegenüber Jägerengasse Alfred Seiffert, Berlin-Neutölln, Pfingsterstraße 6, verlegt worden.

Militärkonzert im Stadion. Am Sonnabend, dem 12. September, 19 Uhr, veranstaltet das Wehrkreiskommando III ein großes Musikfest im Deutschen Stadion. 20 Musikkorps des Wehrkreises III und Spielleute (zirka 800 Teilnehmer) werden, vom Heeresmusikinspektoren Schmidt geleitet, Werke von Wagner, C. W. von Weber u. a. zum Vortrag bringen.



In diesen Tagen greift der Berliner zu der „Chronik der Sperlingsgasse“ dem liebenswerten Buch von Wilhelm Raabe, dem Dichter, der zwar hier nicht geboren, aber so eng dieser Stadt verbunden ist, wie die Cigarette, die Heimatrecht im alten und neuen Berlin fand:

Josetti Juno
Berlins meistgerauchte Cigarette 1/4 M. 6 Stück 20 ¢

Nationalistische Provokation.

Die VVB. wollen den französischen Gegenbesuch verhindern.

Wie die „Telegraphen-Union“ meldet, hat das Präsidium der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands in einem Schreiben den Reichskanzler gebeten, den Besuch der französischen Minister in Berlin auf diplomatischem Wege zu verhindern, da das deutsche Volk es nicht verstehen könne, wenn nach alledem, was es gerade in den letzten Monaten von Frankreich erfahren habe, die französischen Minister in der Reichshauptstadt als Gäste gefeiert würden.

Zu dieser Meldung ist kurz folgendes zu sagen: Die deutsche Regierung hat in Paris ihren Besuch gemacht und hat die Herren Laval und Briand eingeladen, ihr einen Gegenbesuch zu machen und in Berlin ihre Gäste zu sein. Wir sind sehr gespannt, ob die gegenwärtige Reichsregierung noch die nötige Autorität besitzt, um unter Festhaltung an der bisherigen Linie ihrer Außenpolitik die Gäste würdig empfangen zu können, die sie sich selber eingeladen hat, und die „nationalen“ Apostel der nationalen Disziplinlosigkeit in ihre Schranken zu weisen.

Zur zu . . .

Eintritt nur für „Funktionäre“.

Die Kommunistische Partei hatte gestern abend zu einer öffentlichen Versammlung nach der „Neuen Welt“ eingeladen. In der „Roten Fahne“ wurden besonders sozialdemokratische Arbeiter zum Erscheinen aufgefordert. Als abends um 5 Uhr ein sozialdemokratischer Arbeiter wirklich den Saal betreten wollte, mußte er von Kontrolleuren erfahren, daß schon seit 4 1/2 Uhr eine kommunistische Funktionärskonferenz tagt. Der Eintritt wurde ihm verweigert, da nur eine Legitimation der kommunistischen Partei zum Besuch des Saales berechtigte.

Da scheint der kommunistischen Parteileitung trotz der Absage Künstlers doch nicht ganz geheuer gewesen zu sein. Sonst wäre kaum verständlich, daß sie ihre Funktionäre vor Beginn der eigentlichen Versammlung drei Stunden lang in den Räumen festhalten mußte!

Im übrigen verlief die Versammlung, in der ein kommunistischer Redner monologisierte, ohne Aufregung und ohne Zwischenfall. Daß die Kommunisten kein Chaos wollen, hat der Redner versichert. Wie viele der Hörer dieser Versicherung Glauben schenkten, war nicht festzustellen.

Aus kleinen Parteien.

Die Wirtschaftspartei teilt der Welt mit, daß sie sich wieder geeinigt habe. Nachdem Bäder Drewhil den Vorstoß niedergelegt hat, fanden sich auch die bisher opponierenden Vertreter Sachses wieder zur Tagung des Reichsausschusses ein. Dabei wurde eine „Rundgebung“ an die Wähler beschlossen, die die Reste der Wirtschaftspartei als Reiter von Volk und Vaterland anpreist. Vorläufig wählte der Reichsausschuß an Stelle des zurücktretenden Drewhil eine Parteileitung. Sie besteht aus dem früheren Reichsjustizminister Dr. Bracht, dem früheren sächsischen Staatsminister Dr. Weber-Dresden, dem Reichstagsabgeordneten Rolfath-Berlin und Stadtrat Kodel-Ragdeburg, Mitglied des Reichsrats.

Die Reichstagsfraktion des Deutschen Landvolk trat gemeinsam mit den Landvolksgenossen des Preussischen Landtages am Dienstagmorgen im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz des Parteiführers von Hevenschöld zusammen, um die politische und wirtschaftliche Lage zu erörtern.

Auch die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist am Dienstag in Potsdam zu einer zweitägigen Sitzung zusammengetreten. Am ersten Sitzungstag nahm die Fraktion Referate politischer und wirtschaftlicher Art entgegen, am Mittwoch wird sie sich mit der Außenpolitik des Herrn Curtius befassen.

Doppelte NSDAP-Buchführung.

Salentanz-Korrespondenz und „Deutsche Wochenschau“.

Ein Prozeß gegen den Leiter des „Nationalsozialistischen Parlamentsdienstes“, den Major a. D. Weberstedt, vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verdient registriert zu werden.

Herr Weberstedt hatte in seinem „Nationalsozialistischen Parlamentsdienst“ Teile aus einem Artikel des Chicagoer Naziblattes „Der Vorposten“ zum Abdruck gebracht. U. a. hieß es da: „Zwar hat das schmutzigste aller Gesetze, das Gesetz zum Schutze der Juden- und Gannerrepublik auf uns keine Anwendung, aber . . .“

Weberstedt wußte genau, was einem Blatte blühen würde, falls es diese unflätigen Beschimpfungen der deutschen Republik bringen würde. So unterdrückte er wohlweislich diesen Satz bei der Wiedergabe des Artikels in der „Deutschen Wochenschau“, die er als Zeitung herausgibt. Wohl aber ließ er es darauf ankommen, daß andere nationalsozialistische Blätter sich in die Reflexen setzten.

Der „Nationalsozialistische Parlamentsdienst“ wurde wegen dieser Beschimpfung der Republik verboten, gegen Weberstedt als seinen Leiter ein Verfahren wegen Verstoßes gegen § 5 Ziffer 1 des Republikshuldengesetzes eingeleitet.

In der Verhandlung verteidigte sich Weberstedt mit der Erklärung, er sei der Ansicht gewesen, die einfache Wiedergabe eines in einem anderen Blatte abgedruckten Satzes sei einer Korrespondenz gestattet. Das Gericht belehrte ihn eines Besseren; das Urteil gegen ihn lautete auf 400 Mark Geldstrafe an Stelle einer an sich verurteilten Gefängnisstrafe in Höhe von 20 Tagen.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß eine Korrespondenz nicht anders zu behandeln sei als irgendein Zeitungsblatt. Dem Angeklagten habe das Bewußtsein des beschimpfenden Charakters der Äußerung durchaus nicht gefehlt, deshalb habe er es auch unterlassen, diese Äußerung in seinem Blatte zum Abdruck zu bringen. Das letztere falle für ihn strafmildernd ins Gewicht.

Deutsches Künstlertheater.

Franz Michael Pelzer: „Die Rosenbraut“.

Ein rheinisches Lustspiel mit Anfängen an den „Fröhlichen Weinsberg“. Unkomplizierte lustige Handlung, handfester Humor, handfeste Typen. Die frische Natürlichkeit der Margarete Pelzer erhielt sich einen großen Sieg. Unzählige Hervorrufe. Dgr.

Goebbels, total verkehrt.

„Es ist auch unwahr, zu behaupten, Deutschland bekomme keinen Kredit, weil die Nationalsozialisten an die Macht wollten. Nein, es bekommt keinen Kredit, weil wir noch nicht an der Macht sind!“ (Goebbels im Sportpalast.)



„Ha! Seid ihr die Milliarden, die Deutschland bekommt, wenn ich zur Macht gelangt bin?“
„Nein! Wir sind die Milliarden, die aus Deutschland abgewandert sind, seit du zur Macht strebst!“

Notverordnung gegen Höchstpensionen.

Ein noch unzulänglicher Plan.

Die Reichsregierung hat sich endlich zum Erlass einer Notverordnung entschlossen, durch die in die Pensionsverhältnisse eingegriffen wird. Die Veröffentlichung dieser Verordnung steht unmittelbar bevor.

Die Verordnung verfügt eine mäßige Kürzung der Pensionen, die den Betrag von 12 000 Mark im Jahre übersteigen. Der 12 000 Mark übersteigende Betrag soll nur dann voll zur Auszahlung kommen, wenn der Pensionär die Stelle, aus der sich seine Pension errechnet, länger als fünf Jahre bekleidet hat. Hat er die Stelle nicht länger als ein Jahr bekleidet, so erfolgt eine Kürzung dieses 12 000 Mark übersteigenden Betrages um 50 Proz., bei zwei Jahren um 40 Proz., bei drei Jahren um 30 Proz., bei vier Jahren um 20 Proz., bei fünf Jahren um 10 Proz.

Art und der Umfang der Kürzung entsprechen in keiner Weise der Stimmung, die gegen die hohen Pensionen im Volke besteht. Vor allem vermißt man immer noch eine Kürzung der Pension in den Fällen, in denen der Pensionär außerdem über ein großes anderweitiges Einkommen verfügt. Bisher beträgt die Höchstpension bei 40 Dienstjahren 80 Proz. des zuletzt bezogenen pensionsfähigen Dienstverdienstes. Dieser Prozentsatz soll durch die neue Notverordnung auf 75 Proz. herabgesetzt werden. Eine entsprechende Veränderung der Durchstufelung vom 20. Dienstjahre aufwärts bis zu dem Höchstjahre von 75 Proz. ist vorgesehen. Das bedeutet praktisch eine durchschnittliche Kürzung der Pensionen um 6 Proz., wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Pensionen durch die vorausgegangenen Notverordnungen schon in demselben Ausmaß gekürzt worden sind, wie die Gehälter der aktiven Beamten.

Im Zusammenhang mit dieser beamtenpolitischen Maßnahme will die Regierung auch den § 62 des Reichsverordnungsgesetzes ändern, der die Anrechnung von Renten bei Kriegsbeschädigten regelt, deren Besoldung aus öffentlichen Mitteln erfolgt. Die Einkommensgrenze, bei deren Überschreitung eine gestaffelte Kürzung der Rente von 10 zu 10 Proz. für je 60 Mark

weiteres Einkommen einsetzt, betrug vor der dritten Notverordnung 350 Mark monatlich. Mindestens drei Zehntel der Rente blieben jedoch zahlbar. Durch die vierte Notverordnung wurde der Betrag auf 210 Mark herabgesetzt und außerdem verfügt, daß die Rente um die Hälfte des Betrages zu kürzen ist, die diese Grenze überschreitet. Auch bei dieser Regelung mußten drei Zehntel der Gehaltskürzungen, Kürzungen des Kinderzulages und dieser Renten Kürzungen treten bei Beamten, Angestellten und Arbeitern der öffentlichen Verwaltungen Einkommensminderungen bis zu 30 Proz. ein. Die Sozialdemokratie hat daher immer wieder angeregt, die schematische Form der Kürzung durch eine Regelung zu ersetzen, bei der Familienstand und Schwere der Beschädigung durch entsprechende Freigrenzen berücksichtigt werden. Diesem Gedanken will die neue Notverordnung Rechnung tragen.

Die Sozialdemokratie hat darüber hinaus gefordert, daß auch die Anrechnung der Rente von Kriegsbeschädigten auf die Arbeitslosenunterstützung unterbleibt, die durch die Notverordnung bis auf einen Betrag von 15 Mark herabgeführt worden war. Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt, diesen Betrag mindestens bei Schwerbeschädigten auf 25 Mark zu erhöhen. Erwägungen darüber, diesen Satz auch bei den Leichtbeschädigten zu belassen, sind noch in der Schwebe. Aus technischen Gründen soll die letztere Regelung jedoch in die Notverordnung aufgenommen werden, in der die Neuregelung der Arbeitslosenversicherung erfolgt. Weitere Zugeständnisse hat die Reichsregierung auf dem Gebiete der Kriegsverfürsorge auf dem Verwaltungsweg in Aussicht gestellt. Sie beziehen sich auf die Zahlungen von Zusatzrenten in besonderen Fällen an Leichtbeschädigte und Witwen, denen die vierte Notverordnung die Möglichkeit einer Erlangung von Zusatzrente überhaupt genommen hatte. Die durch Verwaltungsanordnung möglich außer Kraft gesetzte Kanonverfürsorge ist in Auswirkung der Bestimmungen der Sozialdemokratie bereits gelockert worden. Ein weiteres Entgegenkommen auf diesem Gebiet ist in Aussicht gestellt.

Deutschlands Rüstungsstärke.

Antwort auf den Fragebogen des Völkerbundes.

Die Reichsregierung hat dem Generalsekretär des Völkerbundes unter dem 28. August ihre Antwort auf den Fragebogen des Völkerbundes zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz mit einem Begleitschreiben zugehen lassen. Das Material ist am Dienstag der Öffentlichkeit übergeben worden.

Der Genfer Abrüstungskonferenz wird u. a. jener Konventionentwurf vorliegen, der nur gegen den schärfsten Widerspruch Deutschlands und bei Stimmenthaltung der deutschen Abordnung, die den sachgemäß einstimmigen Beschluß nicht unmöglich machen wollte, festgelegt worden ist. Besonders auf Betreiben Frankreichs geht dieser Konventionentwurf dahin, daß Deutschland hinsichtlich seiner Waffengattungen usw. an das Versailler Maß gebunden bleibt, während die anderen Groß- und Mittelmächte keine wirksame Beschränkung ihrer Rüstungen auf sich zu nehmen brauchen. Auf Grund dieses Konventionentwurfes ist vor Monaten an die Regierungen ein Fragebogen über den Rüstungsstand der einzelnen Länder versandt worden. Der Fragebogen ist lückenhaft, da er z. B. Angaben über das Kriegsmaterial (Geschütze, Maschinengewehre, Gewehre usw.) und über die ausgebildeten Reserven nicht fordert.

Vor der Verendung dieses Fragebogens hat die Samjetunion dem Völkerbund bereits Angaben über ihre Rüstung ge-

macht, sich jedoch Vertraulichkeit ausbedungen. Daraufhin hat Polen erklärt, daß es seine Rüstungsangaben ebenfalls erst öffentlich machen könne, wenn Rußland das gleiche getan hätte. Der Fragebogen selbst ist von den USA, England, Belgien, Holland ausführlich beantwortet worden, während Frankreich mit einem Memorandum erwidert hat, das die verlangten Angaben nicht enthält, sondern den französischen Standpunkt bekräftigt: „Erst Sicherheit, dann Abrüstung“. Inzwischen hat auch Italien geantwortet. Die Antwort ist aber noch nicht veröffentlicht worden.

In dem Begleitschreiben des Auswärtigen Amtes zu dem ausgefüllten Fragebogen wird die grundsätzliche Ablehnung des Konventionentwurfes wiederholt und hervorgehoben, daß auch der

Fragebogen ungenügend

ist. Unterstrichen wird ferner, daß Deutschland mit seinen Rüstungen, die durch die Versailler Bestimmungen so stark eingeschränkt und außerdem in allen Einzelheiten bekannt sind, hinter dem Rüstungsstand entsprechend großer Staaten zurückbleibt. Nur in einem Punkt beantwortet Deutschland den Fragebogen noch nicht, und zwar in bezug auf die deutschen Wehrausgaben. Hierzu wird gesagt, daß die bezüglichen Arbeiten noch nicht abgeschlossen seien und Deutschland sich vorbehalte, diese Angaben zu einem späteren Zeitpunkt nachzuliefern.

